

Stiftungen und demografischer Wandel

*Stiftungshandeln,
Herausforderungen,
Empfehlungen*

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen dankt den Partnern dieser Publikation:



Robert Bosch **Stiftung**



Für ihre Unterstützung zum vorliegenden Diskussionspapier geht ein besonderer Dank an alle teilnehmenden Stiftungen des StiftungsPanels, an alle Interviewpartnerinnen und -partner und an die Teilnehmenden der beiden Expertenworkshops, deren Anregungen in das Papier eingeflossen sind.

Einen herzlichen Dank außerdem an die Mitglieder des Projektbeirats, die wesentlich zur Qualität des Papiers beigetragen haben. Schlussendlich geht ein besonderer Dank an die Partner: die Körber-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung und die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.

Stiftungen und demografischer Wandel

*Stiftungshandeln,
Herausforderungen,
Empfehlungen*

Impressum

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Herausgegeben vom Bundesverband Deutscher Stiftungen

V.i.S.d.P.:

Birgit Radow, stv. Generalsekretärin, Bundesverband Deutscher Stiftungen

Verlag:

Bundesverband Deutscher Stiftungen
Mauerstraße 93 | 10117 Berlin
Telefon (030) 89 79 47-0 | Fax -11
www.stiftungen.org/verlag
post@stiftungen.org

© Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V., Berlin 2016

Autoren:

Juliane Metzner, Judith Engelke und
Dr. Reiner Klingholz (Kapitel 1)

Projektleitung: Juliane Metzner

Redaktion:

Juliane Metzner und Judith Engelke (Projektteam);
Sabine Süß, Dr. Antje Bischoff, Theresa Ratajszczak, Cornelia Feist

Projektbeirat:

Ottilie Bälz, Julie Boekhoff, Prof. Dr. Hans Fleisch, Karin Haist, Dr. Bernadette Klapper,
Dr. Tatiana Matthiesen, Anja Paehlke

Lektorat und Korrektorat:

Benita von Behr

Gestaltung: Jörg Scholz, Köln (www.traktorimnetz.de)

1. Auflage: 3.000 Exemplare

ISBN 978-3-941368-82-8 (Print)

ISBN 978-3-941368-83-5 (EPUB)

Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorwort | 5 |
| 1. Deutschlands demografische Herausforderungen | 6 |
| 2. Stiftungshandeln im demografischen Wandel – ein Überblick | 24 |
| 2.1 Wegbereiter: Stiftungen, die sich explizit mit dem demografischen Wandel befassen | 25 |
| 2.2 Demografischer Wandel – ein Thema für jede Stiftung! | 28 |
| 2.3 Demografischer Wandel – alle Stiftungen werden gebraucht! | 35 |
| 2.4 Auswirkungen auf Stiftungen und das Stiften | 39 |
| 3. Empfehlungen für Stiftungshandeln im demografischen Wandel | 42 |
| Anmerkungen und Quellen | 46 |

Vorwort

Der demografische Wandel ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement und hier insbesondere das Wirken von Stiftungen spielt eine wichtige Rolle, um dieser Herausforderung erfolgreich zu begegnen und die Potenziale unserer langlebigen Gesellschaft zu nutzen.

Bereits vor zehn Jahren, auf dem Deutschen Stiftungstag in Dresden, beschäftigte sich die Stiftungswelt mit den demografischen Veränderungen. Auch damals wurde deutlich, dass der demografische Wandel viele Betätigungsfelder von Stiftungen beeinflusst und teilweise sogar verändert. Heute sehen wir zudem, dass der demografische Wandel auch direkte Auswirkungen auf Stiftungen entfalten kann.

Mit diesem Diskussionspapier wollen die Körber-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus und der Bundesverband Deutscher Stiftungen anstiften. Anstiften zum Nachdenken

über den demografischen Wandel und die Auswirkungen auf die eigene Stiftungspraxis. Anstiften zum Entdecken der Chancen des demografischen Wandels. Anstiften zum gemeinsamen Handeln, denn der demografische Wandel fordert uns alle. Und schließlich wollen wir anstiften zum Diskutieren auf dem Deutschen Stiftungstag 2016 in Leipzig.

Die Publikation gliedert sich in drei Teile: Zunächst werden die gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels erläutert. Anschließend wird skizziert, was dies für Stiftungen bedeutet und wie sich Stiftungen im Kontext des demografischen Wandels bereits engagieren. Abgeschlossen wird die Publikation mit Handlungsempfehlungen, die sich an alle Stiftungen in Deutschland richten.

Eine gute Lektüre und eine fruchtbare Diskussion auf dem Stiftungstag wünschen Ihnen

Otilie Bälz
Robert Bosch Stiftung

Karin Haist
Körber-Stiftung

Dr. Tatiana Matthiesen
ZEIT-Stiftung Ebelin
und Gerd Bucerus

Juliane Metzner
Bundesverband
Deutscher Stiftungen

1

Deutschlands demografische Herausforderungen

Die Demografie hat die Gesellschaften seit Urzeiten verändert. Bevölkerungen sind zu guten Zeiten gewachsen, zu schlechten wurden sie dezimiert – durch Kriege, Krankheiten oder Hungersnöte. Daneben haben sich die Menschen schon immer aufgemacht, um anderenorts nach einem neuen oder besseren Leben zu suchen. Was Deutschland, Europa und letztlich die ganze Welt im 21. Jahrhundert in demografischer Hinsicht erleben werden, ist jedoch ohne historisches Vorbild, es bedeutet eine regelrechte Zeitenwende. Denn der historische Drang der Menschheit – sich zu vermehren und zu wachsen – wird nach und nach von einem Ende des Wachstums und einem Schrumpfen abgelöst. Weder die Politik noch die Gesellschaft als ganze haben große Möglichkeiten, diesen Lauf der Dinge zu beeinflussen, denn die Veränderungen sind die Folge einer generell erfreulichen Entwicklung. Wichtig ist vielmehr, die kaum vermeidbaren Veränderungen zu gestalten, sich anzupassen und das Beste aus den Möglichkeiten zu machen. Der Zivilgesellschaft und den Stiftungen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Was beschreibt die Demografie?

In der klassischen Demografie ging es darum, die Menschen zu zählen, ihr Alter und ihr Geschlecht sowie ihren Wohnort festzuhalten. Mit diesen Parametern war es möglich, den Bestand einer Bevölkerung bis hinunter auf kleinräumliche Ebenen zu benennen und Voraussagen zu deren weiterer Entwicklung zu machen. Demografische Projektionen sind dabei generell zuverlässiger als andere Vorhersagen, denn sie gleichen eher einer buchhalterischen Fortschreibung: Zum einen ändern sich die demografischen Parameter – Geburten- und Sterberaten – jenseits von außergewöhnlichen Krisenzeiten nur sehr langsam; unsicher sind lediglich die Wanderungszahlen. Zum anderen ist die Zusammensetzung einer Bevölkerung in mittlerer Zukunft durch deren heutige Zusammensetzung bestimmt: Ein heute 20-Jähriger wird in 30 Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit noch am Leben und dann 50 Jahre alt sein.

Die moderne Demografie interessiert sich neben der reinen Zahl der Menschen besonders für deren Fähigkeiten. Sie bezieht deshalb auch das „Humanvermögen“ der Menschen in ihre Analysen ein.¹ Das Humanvermögen wird durch den Gesundheitszustand und die Bildung der Menschen bestimmt, denn diese beiden Parameter beschreiben, wie gut ein Individuum sein persönliches Leben meistern und sich im Sinne der Gemeinschaft nützlich machen kann. Es kommt also weniger auf die Zahl der Köpfe an, als darauf, was in ihnen steckt. Die Summe der Humanvermögen und nicht die schiere Zahl der Menschen definiert das Wohlergehen ganzer Nationen. Wäre es umgekehrt, wären stark wachsende und bevölkerungsreiche Länder wie Nigeria oder Pakistan reicher und einflussreicher als kleine, aber hoch entwickelte Länder wie die Schweiz oder Schweden. Eine Aufwertung des Humanvermögens durch Prävention, durch bessere Gesundheit und bessere Bildung ist somit das wichtigste Instrument, um den demografischen Wandel zu gestalten. Eine Gesellschaft mit wenig Nachwuchs braucht Investitionen in das Humanvermögen und in eine gute physische Infrastruktur, um das Wirtschaften zu erleichtern.

Wohlstand, Bildung und Gleichstellung von Mann und Frau haben die Kinderzahlen sinken lassen

Für die Betrachtung der demografischen Lage in Deutschland sind vor allem die vergangenen 50, 60 Jahre von Bedeutung. In dieser Zeit sind die meisten der heute im Land lebenden Menschen geboren beziehungsweise zugewandert. Der Zweite Weltkrieg hatte eine „zerfledderte“ Bevölkerungspyramide hinterlassen (Abb. 1), in der sich deutlich sichtbar die Gefallenen der beiden großen Kriege sowie die Geburtenausfälle während der Kriege und der Weltwirtschaftskrise abbilden. In den Jahren nach dem Krieg und des Wiederaufbaus, der im Westen bald zu einem Wirtschaftswunder und im Osten zu einer Aufbruchstimmung führen sollte, bekamen die Menschen wieder mehr Kinder und verursachten wie in anderen Industrienationen auch den sogenannten Nachkriegsbabyboom. Er stellte sich in Deutschland später ein als bei den Siegermächten, weil viele deutsche Männer erst nach Jahren aus der Kriegsgefangenschaft zurückkamen.

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau stieg in den 1960er-Jahren in beiden Teilen Deutschlands auf einen Wert von 2,5, der seither nicht mehr erreicht wurde (Abb. 2, S. 9). In dieser Zeit kamen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik so viele Kinder zur Welt wie nie

zuvor oder danach: 1,36 Millionen Neugeborene registrierten die Standesämter im Rekordjahr 1964, während es in den vergangenen Jahren nur noch etwa 700.000 waren (Abb. 3, S. 9). Die hohe Zahl in den 1960ern kam auch zustande, weil die damaligen Mütter einer besonders großen Kohorte entstammten: Es waren die zwischen 1934 und 1942 geborenen Frauen, die noch unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Bevölkerungspropaganda zur Welt gekommen waren.

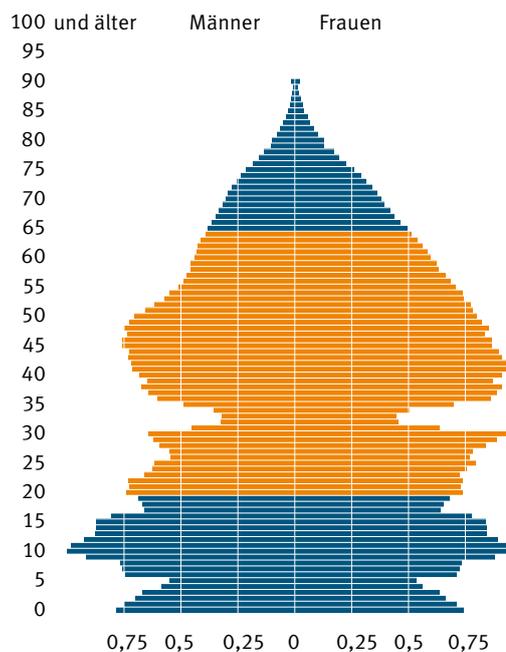
Dem Babyboom folgte Ende der 1960er-Jahre ein relativ schneller Absturz der Nachwuchszahlen, der sich bald auf einen Wert von 1,4 Kindern je Frau einpendelte. Dieser gilt bis heute. Seither ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern. Dabei werden aus 100 Müttern 70 Töchter, 49 Enkelinnen und 36 Urenkelinnen. Binnen drei Generationen, in weniger als 100 Jahren, schrumpft also eine Bevölkerung langfristig und ohne Beachtung von Zuwanderung sowie einer möglicherweise steigenden Lebenserwartung um fast zwei Drittel.

Für den Rückgang der Fertilitätsraten vor fast 50 Jahren waren verschiedene Faktoren verantwortlich: Erstens stieg der Wohlstand weiter Bevölkerungskreise deutlich an und neue Konsummöglichkeiten drängten den Kinderwunsch teilweise in den Hintergrund.

Abb. 1: Prozentualer Anteil der jeweiligen Altersjahre an der Gesamtbevölkerung in Deutschland 1950 und 2015

Datengrundlage:
Statistisches Bundesamt

Deutschland 1950



Deutschland 2015

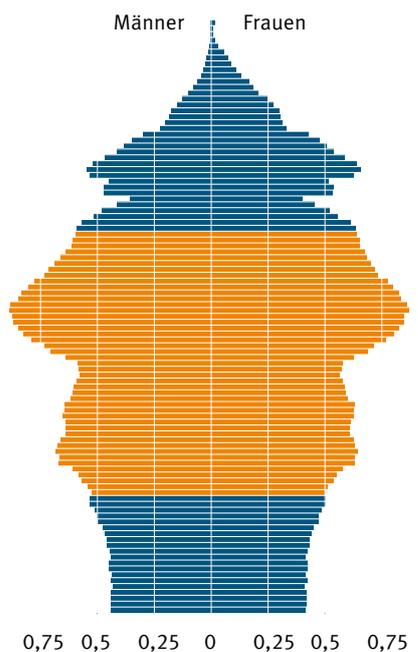
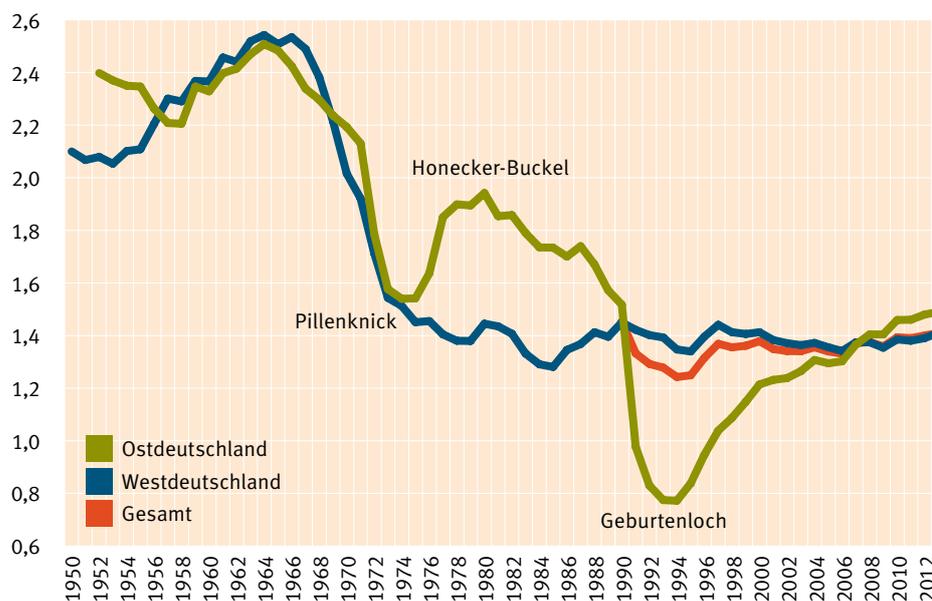


Abb. 2: Zusammengefasste Geburtenziffern (Fertilitätsrate) in West- und Ostdeutschland, 1950 bis 2013

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt. Westdeutschland ab 1990 ohne Berlin, Ostdeutschland ab 1990 einschließlich Berlin; 1950 bis 1989 bezogen auf Frauen von 15 bis 44 Jahre, ab 1990 auf Frauen von 15 bis 49 Jahre.



© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Zweitens verbesserten sich die Bildungschancen von Mädchen und Frauen, weshalb sich drittens die Rolle von Frauen in der Gesellschaft grundsätzlich zu verändern begann. Mit der besseren Qualifikation stieg deren Bedürfnis, ihre traditionelle Rolle als Hausfrau zumindest teilweise gegen eine Berufskarriere einzutauschen, was gesellschaftlich immer mehr akzeptiert und vielfach auch zu einer ökonomischen Notwendigkeit wurde. Schließlich bot die 1961 auf den Markt gebrachte „Pille“ die sichere Möglichkeit, eine Familie zu planen. Der als Pillenknick bezeichnete Rückgang der Geburtenzahlen gründet allerdings eher auf gesellschaftlichen Veränderungen der damaligen Zeit als auf der Pille selbst. So gab es den Knick auch in Japan, wo sich die gesellschaftlichen Bedingungen ebenfalls geändert hatten, die Pille als Verhütungsmittel bis 1999 aber gar nicht zugelassen war.²

Bei dem viel diskutierten Nachwuchsmangel in Deutschland ist zu beachten, dass die Kinderzahl je Frau, auch „totale Fertilitätsrate“ (TFR) genannt, eine rechnerische Größe ist. Sie beschreibt, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres fruchtbaren Alters bekommen würde, wenn das generelle Geburtenverhalten im Ganzen so bliebe wie in dem jeweiligen Stichjahr. Die TFR gibt also eine Momentaufnahme wieder und sagt *nicht*, wie viele Kinder die Frauen tatsächlich *im Laufe ihres Lebens* bekommen werden, denn das ist natürlich noch gar nicht bekannt. Das kann nur die „Kohortenfertilitätsrate“ (KFR) wiedergeben. Sie lässt sich jedoch erst ermitteln,

wenn Frauen eines bestimmten Jahrgangs die Phase abgeschlossen haben, in der sie Kinder bekommen können. Die KFR beträgt für die zwischen 1965 und 1969 geborenen Frauen 1,54, sie liegt also über der TFR von 1,4. Manche Demografen meinen deshalb, der Kindermangel in Deutschland sei gar nicht so dramatisch wie üblicherweise beschrieben.³

Abb. 3: Natürliche Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1950 bis 2014

| Jahr | Geburten | Sterbefälle | Differenz |
|-------|-----------|-------------|-----------|
| 1950 | 1.116.701 | 748.329 | + 368.372 |
| 1960 | 1.261.614 | 876.721 | + 384.893 |
| 1964 | 1.357.304 | 870.319 | + 486.985 |
| 1970 | 1.047.737 | 975.664 | + 72.073 |
| 1980 | 865.789 | 952.371 | - 86.582 |
| 1990 | 905.675 | 921.445 | - 15.770 |
| 2000 | 766.999 | 838.797 | - 71.798 |
| 2010 | 677.947 | 858.768 | - 180.821 |
| 2014* | 714.927 | 868.356 | - 153.429 |

Datengrundlage: Statistisches Bundesamt

* vorläufiges Ergebnis

© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Der Grund für den Unterschied zwischen TFR und KFR liegt darin, dass Frauen seit einiger Zeit das Kinderkriegen in ein immer höheres Alter verschieben. Heute liegt das Durchschnittsalter, in dem Frauen in Deutschland ihr erstes Kind bekommen, bei 29,3 Jahren.⁴ Somit unterschätzt die TFR die tatsächliche Zahl der Geburten pro Frau, denn heute nicht geborene Kinder können ja später noch nachgeholt werden. Das demografische Problem der niedrigen Nachwuchszahlen wird durch die höhere KFR aber in keiner Weise entschärft. Denn später geborene Kinder fehlen *de facto* heute in der Bevölkerungsstatistik. Nur Kinder, die in einem bestimmten Jahr geboren werden, können später auch zur Schule gehen, sich irgendwann einmal für die Gesellschaft nützlich machen und ihrerseits Familien gründen. Spätere Geburten haben deshalb einen ähnlichen demografischen Effekt wie weniger Geburten. Bisher jedenfalls ist weltweit kein Fall bekannt, wonach sich länger anhaltende niedrige Fertilitätsraten wieder nachhaltig auf ein höheres Niveau haben befördern lassen.

In der Falle der niedrigen Fertilität?

An den niedrigen Kinderzahlen je Frau haben auch die erheblichen und finanziell aufwendigen familienpolitischen Reformen der jüngeren Vergangenheit wenig geändert – die verbesserten Betreuungsmöglichkeiten, die Elternzeit oder das Betreuungsgeld. Vermutlich liegt die weitgehende Wirkungslosigkeit daran, dass sich Fertilitätsraten, die seit über vier Jahrzehnten auf sehr niedrigem Niveau liegen, durch derlei Maßnahmen gar nicht wesentlich beeinflussen lassen. Diese sind zwar aus anderen Gründen sinnvoll, weil sie die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen verbessern oder Männer stärker in Familienaufgaben einbinden. Aber sie haben wenig Effekt auf junge Menschen, die ihrerseits in einem Umfeld großgeworden sind, in dem ein Leben ohne Kinder gesellschaftlich längst akzeptiert war und wo im Schnitt 1,4 Kinder die soziale Norm waren. Die Wissenschaft spricht in diesem Zusammenhang von einer „Niedrig-Fertilitäts-Falle“, in der auch Länder wie Italien, Österreich oder Japan gefangen sind, die schon seit Langem sehr niedrige Fertilitätsraten verzeichnen.⁵ Demnach lassen sich Kinderzahlen nicht durch finanzielle Anreize beeinflussen, sondern nur durch einen grundsätzlichen gesellschaftlichen Wandel, der bestenfalls über lange Zeiträume wirkt und auf den die Politik wenig Einfluss hat. Notwendig dafür wäre eine grundsätzlich andere Einstellung junger Menschen gegenüber dem Abenteuer Familie, vor allem eine größere Bereitschaft der Männer, sich darauf einzulassen und die vielleicht größte Verantwortung zu übernehmen, die im Laufe eines Lebens potenziell ansteht.

Vom Nutzen des demografischen Wandels

Der Rückgang der Kinderzahlen, der mehr oder weniger zeitgleich in allen Industrienationen erfolgte, leitete die Endphase des sogenannten demografischen Übergangs ein. Dieser beschreibt den Wandel von einer Gesellschaft, in der viele Kinder geboren werden, in der aber aufgrund schwieriger Lebensbedingungen auch viele Menschen jeden Alters sterben, zu einer Gesellschaft mit besseren Lebensbedingungen, in der zunächst die Sterblichkeit sinkt. In dieser Phase wächst die Bevölkerung stark. Mit einer Verzögerung von einigen Jahrzehnten sinken dann auch die Kinderzahlen je Frau. Es pendelt sich dann wieder ein Gleichgewicht aus Sterbe- und Geburtenziffern ein, worauf das Bevölkerungswachstum abgebremst wird oder zum Erliegen kommt.

Diese Phase galt ursprünglich schon als Endphase des demografischen Übergangs. Mittlerweile ist allerdings deutlich geworden, dass die Kinderzahlen bei weiterer sozioökonomischer Entwicklung in praktisch allen entwickelten Staaten (und längst auch in vielen Schwellenländern) unter das Erhaltungsniveau von 2,1 Kinder je Frau fallen und die Bevölkerung sich damit auf Schrumpfkurs begibt.⁶ Heute verzeichnen bereits über 80 Länder so niedrige Fertilitätsraten.⁷ Diese Gesellschaften, die über die Hälfte aller Menschen weltweit stellen, können sich langfristig nur durch Zuwanderung stabilisieren.

Der letzte Teil des Übergangs, in dem die Fertilitätsrate bereits unter das Erhaltungsniveau von 2,1 gesunken ist, ist in zwei Unterphasen aufgeteilt. In der ersten dominieren die letzten geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer für etwa 40 Jahre die Gruppe der Erwerbsfähigen und verschaffen der Gesellschaft damit einen demografischen Bonus. Wenn es gelingt, diesen Menschen eine gute Ausbildung mitzugeben und sie mit Arbeitsplätzen zu versorgen, lässt sich der Bonus in eine demografische Dividende verwandeln. Unter diesen Bedingungen wächst die Wirtschaft unter sonst gleichen Bedingungen überproportional, die Einkommen und Staatseinnahmen steigen, während die öffentlichen und privaten Ausgaben für die kleiner werdenden Nachwuchsjahrgänge (Gruppe der Kinder und Jugendlichen)

sinken. Gleichzeitig ist die Zahl der älteren Menschen mit Versorgungsansprüchen noch nicht sonderlich hoch.⁸ Dies sind die goldenen Jahre der gereiften Volkswirtschaften, von denen Deutschland derzeit gerade die letzten erlebt: Auch hierzulande sind die im Schnitt gut qualifizierten und überwiegend erwerbstätigen Babyboomer der Hauptgrund für die derzeit hohen Einnahmen der Steuer- und Sozialkassen. Die Babyboomer sind die tragenden Säulen der Gesellschaft.

Die Gefahr dieser Boomperiode ist, dass sie leicht den Blick auf die zweite Unterphase am Ende des demografischen Übergangs verstellt, in der die geburtenstarken Jahrgänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand wechseln und damit zwangsläufig von Einzahlern zu Empfängern der Transfersysteme werden. Für Deutschland bedeutet das: Die in den 1950er- und 1960er-Jahren geborenen Babyboomer, die in den 1970ern und 1980ern in den Arbeitsmarkt eintraten, werden ihn in den kommenden 10 bis 20 Jahren verlassen. Damit steht das Land unmittelbar vor einer massiven Verrentungs- und Pensionswelle.

Das Verhältnis aus Erwerbstätigen und Ruheständlern verändert sich zudem durch die fortwährend steigende Lebenserwartung. Sie steigt, weil sich die Menschen besser ernähren können, weil sie einen hohen medizinischen Versorgungsstandard genießen und weniger verschleißende Arbeitsbedingungen erleben. Schließlich sorgt der steigende Bildungsgrad in der Bevölkerung dafür, dass die Menschen mehr auf ihre eigene Gesundheit achten und offener für Prävention werden. Aus all diesen Gründen verlängert sich die Lebenszeit seit Langem um zwei bis drei Jahre pro Jahrzehnt oder an jedem Tag um sechs Stunden. Ein Ende dieser Entwicklung ist vorerst nicht abzusehen.⁹ Sie hängt jedoch entscheidend von der Funktionsfähigkeit der Gesundheits- und Sozialsysteme ab. Bisher gehen die Vorhersagen davon aus, dass sich bis 2050 das Leben von Frauen um 6 und das von Männern um 5 weitere Jahre verlängert, auf dann 86 respektive 84 Jahre.¹⁰ Insgesamt ist die steigende Lebenserwartung der beste Querschnittsindikator dafür, dass es den Menschen immer besser geht und dass der demografische Wandel keinesfalls nur mit Nachteilen verbunden ist.

In der Geschichte der Menschheit haben die über 60-Jährigen immer nur einen Bruchteil der Bevölkerung ausgemacht. Erst mit den verbesserten Lebensbedingungen stieg der Anteil der Älteren und hat in den meisten Industrienationen bereits die 20-Prozent-Grenze überschritten. Bis 2050 dürften es 40 Prozent und mehr sein. In Deutschland sind die über 60-Jährigen die einzige Bevölkerungsgruppe, die noch wächst.

Weil sich vor allem die gesunde Lebenszeit verlängert, bedeutet der demografische Wandel zumindest auf individueller Ebene einen großen Gewinn. Über 60-Jährige sind aber auch immer häufiger noch wirtschaftlich aktiv und sie engagieren sich zunehmend für die Gemeinschaft. Ihr Selbstbild hat sich gewandelt – zum „alten Eisen“ jedenfalls gehören sie nicht mehr.

Wo die Probleme beginnen

Diesem Nutzen steht bislang jedoch ein gesamtgesellschaftliches Problem gegenüber, denn die künftige Finanzierung der wachsenden Zahl an Ruheständlern ist keinesfalls gesichert. Um das Jahr 2030, in nur 15 Jahren und zum Höhepunkt der Verrentungswelle der Babyboomer, wird jeder Jahrgang, der sich in den Ruhestand verabschiedet, etwa doppelt so groß sein wie jener der jungen Menschen, die ins Erwerbsleben hineinwachsen.

Nach der aktuellen Projektion des Statistischen Bundesamtes wird die Gesamtbevölkerung Deutschlands bis 2050 von 81,3 auf 76,1 Millionen schrumpfen. Dabei ist unterstellt, dass jedes Jahr unterm Strich 200.000 Zuwanderer ins Land kommen.¹¹ Diese Zahl entspricht dem langjährigen Mittelwert der Zuwanderung in der Vergangenheit.

In diesem Zeitraum bis 2050 wird sich die Zahl der Menschen im Ausbildungsalter von 18 bis 24 Jahren von 8,5 auf 7,0 Millionen reduzieren. Der Nachwuchs, der die Geschicke des Landes entscheidend prägen wird, dünnt sich also aus. Die Zahl der Menschen im (künftigen) Erwerbsalter zwischen 20 und 66 Jahren wird von 49,4 auf 42,6 Millionen sinken. Darüber hinaus altern die Belegschaften der Unternehmen zwischen 2015 und 2030 im Schnitt um sechs Jahre, was sich auf Produktivität und Innovationskraft sowie auf die Wahrscheinlichkeit neuer Firmengründungen auswirken dürfte. Diese kleiner und älter werdende Schar von potenziellen Einzahlern in die Sozialsysteme muss so produktiv sein, dass sie eine Zahl von Ruheständlern versorgen kann, die im gleichen Zeitraum von 17,3 auf 21,2 Millionen anwächst.

Ein weiter angehobenes Renteneintrittsalter von 69 Jahren könnte den Verlust an Arbeitskräften und die Belastung der Sozialsysteme abfedern. Hinter einer Rente mit 69 steht die Idee, den zu erwartenden weiteren Anstieg der Lebenserwartung zu zwei Drittel der Arbeitszeit und zu einem Drittel dem Ruhestand zuzuschlagen. Dies entspräche exakt dem heute praktizierten Verhältnis zwischen Erwerbs- und Nacherwerbsphase, denn im Schnitt arbeiten die Menschen in Deutschland 40 Jahre und verbringen 20 Jahre in Rente oder Pension (Abb. 4).¹²

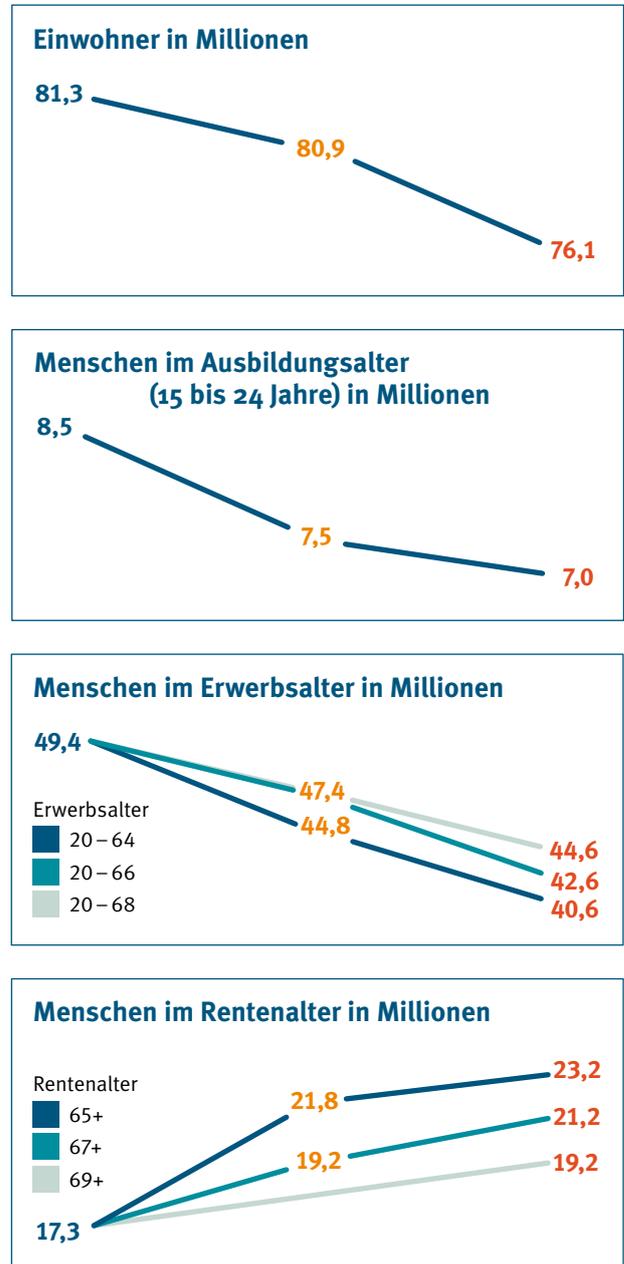
Auch die Gesundheits- und Pflegesysteme stehen vor einer Kostensteigerung, vor allem weil die Zahl der Hochbetagten überproportional steigt, die häufig auf pflegerische Unterstützung angewiesen sind: Nach derzeitigen Berechnungen wird 2050 jeder achte in Deutschland Lebende mindestens 80 Jahre alt sein.

Kämen dauerhaft mehr Menschen aus anderen Ländern zum Leben und Arbeiten nach Deutschland, ließe sich diese Entwicklung abmildern, aber nicht grundsätzlich verhindern. Zuwanderer müssten zudem, um den Nachwuchsmangel ökonomisch zu kompensieren, wirtschaftlich so produktiv sein wie die Durchschnittsbevölkerung. Dies sind sie allerdings heute nicht. Auch die heutigen Flüchtlinge können es in absehbarer Zeit nicht sein (siehe unten).

Auf und Ab bei der Zuwanderung – wirtschaftlich und politisch begründet

Aufgrund der seit Jahrzehnten niedrigen Fertilitätsraten verzeichnet Deutschland seit 1972 in jedem Jahr einen Überschuss der Sterbefälle über die Geburten. Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerung seither um einige Millionen geschrumpft – tatsächlich ist sie aber um 3,5 Millionen gewachsen. Die Zuwanderungssalden waren dabei von Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich, was sich aus der jeweiligen wirtschaftlichen Lage sowie aus einer stark schwankenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern erklärt (Abb. 5, S. 13). Hohe Zuwanderungszahlen gab es während der Anwerbung der sogenannten Gastarbeiter in den 1960er- und 1970er-Jahren, als der jährliche Wanderungsüberschuss zeitweilig bei über

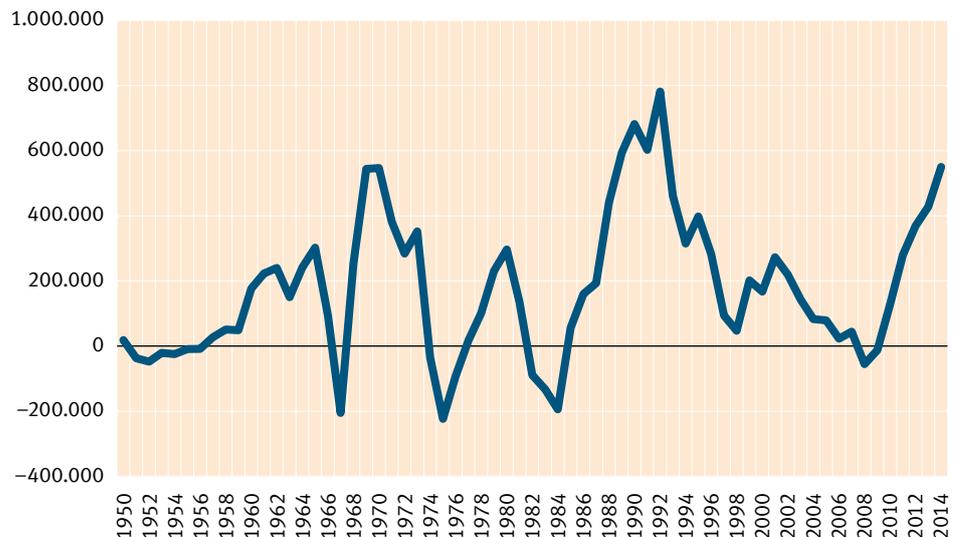
Abb. 4: Wie sich Deutschlands Bevölkerung von heute bis 2030 bzw. bis 2050 vermutlich verändern wird



Datengrundlage: Statistisches Bundesamt

Abb. 5: Wanderungs-saldo zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland

Datengrundlage:
Statistisches Bundesamt



© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

einer halben Million lag. Zwischenzeitliche Rezessionsjahre während der Ölkrise führten zu Nettoverlusten von bis zu 200.000 im Jahr. Der nach dieser Krise verhängte Anwerbestopp von 1973 bremste die Zuwanderung. Doch als viele der damals 4 Millionen meist männlichen Ausländer ihre Familienangehörigen, also Frauen und Kinder, aus der Heimat nachholten, stiegen die Migranzenzahlen wieder.¹³

Weil als Gastarbeiter überwiegend Geringqualifizierte ins Land geholt wurden und der Bildungsstand der nachgezogenen Familienmitglieder noch schlechter war, gleichzeitig aber keinerlei Integrationsbemühungen oder Sprachkurse stattfanden, übertrug sich die Bildungsferne fast automatisch auf den Nachwuchs der Gastarbeiter. Diese Defizite sind bis heute spürbar und sie zeigen sich in durchschnittlich niedrigen Bildungsabschlüssen der zweiten und dritten Generation, in einer Arbeitslosenquote in der Migrantenbevölkerung, die etwa doppelt so hoch ist wie unter Einheimischen und in einer hohen Abhängigkeit von Transferleistungen.¹⁴

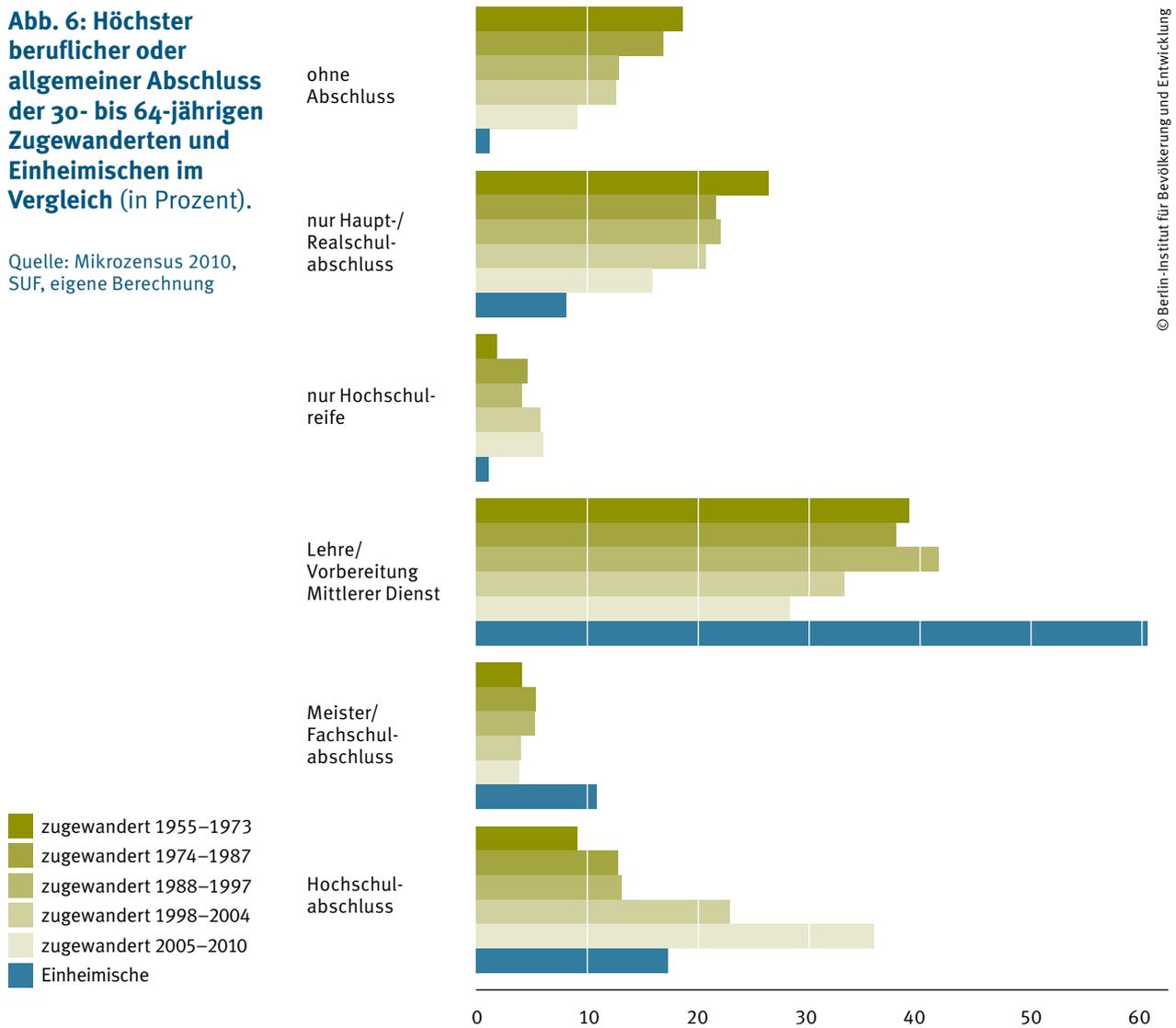
Mit dem Ende der Sowjetunion und dem Fall des Eisernen Vorhangs Ende der 1980er-Jahre stiegen die Zuwanderungszahlen wieder. Binnen anderthalb Jahrzehnten kamen rund 3 Millionen Spätaussiedler und während der Kriegswirren im ehemaligen Jugoslawien etwa 800.000 Asylsuchende aus dem Balkan nach Deutschland. Anfang der 1990er-Jahre verbuchte Deutschland Rekordzahlen von im Saldo rund 800.000 Zuwanderern. Nach offizieller Lesart war Deutschland zu dieser Zeit noch immer kein Einwanderungsland, weshalb auch keine nennenswerten Integrationsbemühungen stattfanden.

Die nachfolgende Verschärfung des Asylrechts 1993 und das natürliche Ende der Spätaussiedlermigration ließen die Zuwandererzahlen in den 1990er-Jahren wieder deutlich sinken. Weil zudem der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften während der Finanzkrise von 2007/2008 einbrach, verzeichnete Deutschland für eine kurze Zeit einen negativen Wanderungssaldo: Es zogen mehr Menschen aus Deutschland fort als hineinkamen. Erst mit dem wieder wachsenden Arbeitskräftebedarf, mit der Wirtschaftskrise in den südlichen EU-Ländern und der 2011 eingeführten, 2014 auf Rumänien und Bulgarien ausgeweiteten Arbeitnehmerfreizügigkeit stiegen die Zuwanderungszahlen erneut deutlich an.¹⁵

In der jüngeren Vergangenheit hat sich die Art der Zuwanderung nach Deutschland grundlegend verändert: Es kamen vermehrt Personen mit hoher Qualifikation, u. a., weil ihnen der deutsche Arbeitsmarkt gute Chancen bot. Seit Ende der 1990er-Jahre war unter den Zugewanderten der Anteil von Akademikern höher als in der einheimischen Bevölkerung. Der Anteil jener ohne jeden Schulabschluss hatte sich gegenüber der Gastarbeitermigration etwa halbiert. Er lag aber immer noch fast zehnmal höher als unter den Einheimischen. Diese Zuwanderung weist somit eine Polarisierung an beiden Enden der Bildungsskala auf – mit vielen Hochqualifizierten, aber auch vielen Geringqualifizierten (Abb. 6, S. 14).

Abb. 6: Höchster beruflicher oder allgemeiner Abschluss der 30- bis 64-jährigen Zugewanderten und Einheimischen im Vergleich (in Prozent).

Quelle: Mikrozensus 2010, SUF, eigene Berechnung



© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Von 2012 an erhöhte sich dann die Zahl der Asylsuchenden aus Krisenstaaten wie Eritrea, Syrien oder Irak wie auch die der Wirtschaftsmigranten aus den Balkanstaaten, die nicht Teil der EU sind. 2013 lag die Nettozuwanderung bei 437.000. 2014 hatte sie 550.000 erreicht und für 2015 wird der Zuwanderungsrekord von Anfang der 1990er-Jahre mit Sicherheit deutlich übertroffen. Neueste Zahlen legen nahe, dass allein der Wanderungsüberschuss durch Asylsuchende für 2015 bei rund 1 Million liegt.¹⁶ Unter den OECD-Ländern wäre Deutschland damit für Zuwanderer attraktiver geworden als die USA, traditionell das Einwanderungsland Nummer eins.

Mit der jüngsten Flüchtlingswelle hat sich erneut auch das Qualifikationsniveau der Neuankömmlinge verändert, denn deren berufliche Qualifikation ist im Durchschnitt deutlich geringer als die der einheimischen Bevölkerung und ebenso als die der schon in Deutschland lebenden Migranten. Nach ersten Analysen haben die Flüchtlinge des Jahres 2015 zu 71 Prozent keinerlei Berufsabschluss.¹⁷ Umso mehr bedürfen sie intensiver Bildungs- und Integrationsanstrengungen, damit sie möglichst rasch zu produktiven und gleichwertigen Mitgliedern der Gesellschaft werden können – oder für den Fall, dass sie bald wieder in ihre Heimat zurückkehren, dies mit einem Gewinn tun können.

Bei all diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass der Integrationsbedarf weitaus höher ist als die reine Nettozuwanderung. Denn von den Menschen, die nach Deutschland kommen, gehen erfahrungsgemäß rund zwei Drittel im Laufe der Zeit wieder in ihre Heimatländer zurück oder wandern in andere Länder weiter. Wenn also im langjährigen Schnitt 200.000 Zuwanderer dauerhaft in die Gesellschaft aufgenommen werden sollen, als Arbeitskräfte, Mitbürger und Steuerzahler, dann müssen dafür jährlich 600.000 Personen einwandern und zumindest vorübergehend integriert werden.

Deutschland ist schon lange Einwanderungsland

Im Jahr 2014 hatten 16,4 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund, waren also definitionsgemäß entweder Ausländer, Eingebürgerte oder hatten zumindest einen Elternteil, auf den das zutrifft. Diese Personen machen heute gut ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus, wobei die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund einen deutschen Pass besitzt. Weil Migranten im Schnitt jünger sind als Einheimische und im Mittel mehr Kinder bekommen als diese, stellen sie in den jüngeren Jahrganggruppen bereits ein Drittel der Bevölkerung. Entsprechend verliert die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund an Bedeutung – zwischen 2011 und 2014 ging ihre Zahl um 885.000 Personen beziehungsweise ihr Anteil 1,4 Prozent zurück.¹⁸

Unterschiedliche Entwicklung in Ost- und Westdeutschland

Der demografische Wandel der beiden über Jahrzehnte getrennten deutschen Staaten verlief einerseits nach dem gleichen Muster, andererseits aber in sehr unterschiedlicher Ausprägung. So gab es auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze in den 1960er-Jahren einen Babyboom, dem auf beiden Seiten der gleiche „Pillenknick“ folgte. Doch in vielen anderen demografischen Parametern gingen BRD und DDR getrennte Wege. Beispielsweise war die einstige DDR bei ihren eigenen Bewohnern ein höchst unbeliebtes Land. Dies zeigte sich an der hohen Abwanderung, die der Staat zu unterbinden suchte, indem er von 1961 an mit Mauer und

Stacheldraht die Menschen am Fortgehen hinderte und „Republikflucht“ unter Strafe stellte. Trotzdem hat die DDR durch legale Ausreise, Ausweisung und Flucht in jedem einzelnen Jahr ihrer Existenz von 1949 bis 1990 Einwohner verloren – insgesamt 3,8 Millionen, während im gleichen Zeitraum lediglich 400.000 Menschen aus dem Westen in die DDR einwanderten. Auch wenn die DDR anders als die BRD längere Zeit einen Geburtenüberschuss¹⁹ verzeichnete, sank im Osten Deutschlands die Einwohnerzahl von 18,8 auf 16,4 Millionen, während die Bundesrepublik von 51 auf 63 Millionen wuchs – überwiegend durch Zuwanderung aus dem Ausland.²⁰

Ebenfalls unterschiedlich fiel die Reaktion der beiden deutschen Regierungen auf den massiven Einbruch der Fertilitätsraten Anfang der 1970er-Jahre auf 1,5 Kinder je Frau aus. Den Verantwortlichen in der DDR war klar, dass bei anhaltend niedrigen Kinderzahlen mit einem dramatischen Rückgang der Bevölkerung zu rechnen war, der sich nicht so einfach wie im Westen durch Zuwanderung kompensieren ließ. Während im Westen aus historischen Gründen eine geburtenfördernde Politik tabu war, lancierte die SED-Führung ein Paket aus verschiedenen familienpolitischen und pronatalistischen Maßnahmen: Sie hob das Kindergeld an, baute die Betreuungsbedingungen aus und schuf verschiedene Vergünstigungen für Familien, sogenannte „Ehekredite“, die sich mit Geburt eines Kindes teilweise, beim dritten Kind sogar komplett tilgen ließen.

Die Familienpolitik in der DDR war moderner als im Westen

Aus diesen Interventionen resultierte ein Geburtenanstieg auf 1,9 Kinder je Frau, der unter der Bezeichnung „Honecker-Buckel“ bekannt ist, während die Kinderzahlen im Westen unverändert bei 1,4 verharrten. Die DDR-Familienpolitik verlor zwar über die Jahre ihre Wirkung und zur Zeit des Mauerfalls lag die Ost-Fertilitätsrate wieder bei 1,6, also nahe dem westdeutschen Wert. Aber der Einfluss auf die Gesellschaft war unübersehbar: Die Vergünstigungen für Familien und die besseren Betreuungsbedingungen hatten dazu geführt, dass die Frauen in der DDR nicht nur mehr Kinder bekamen als im Westen, sondern auch im Schnitt drei Jahre früher. Eine Familie zu gründen, war in der DDR „normaler“ als in der BRD. Auch der Anteil kinderloser Frauen lag im Osten

zur Wende mit 7 Prozent deutlich unter dem Westniveau von 18 Prozent. Eine wichtige Folge dieser Entwicklung: Die DDR-Bevölkerung war 1989 im Schnitt um drei Jahre jünger als jene im Westen.

Einer der größten Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Müttern fand sich im Anteil der außerehe-lichen Geburten: Weil praktisch alle Frauen in der DDR einer bezahlten Arbeit nachgingen und im sozialisti-schen Ideal Kinder und Beruf zusammengehörten, waren Frauen hier wirtschaftlich unabhängiger als im Westen. Sie konnten also leichter auch ohne Trauschein bezie-hungsweise ohne versorgenden Lebenspartner Kinder bekommen. Unverheiratete Frauen konnten zudem schon beim ersten Kind eine einjährige Erziehungspause bei voller Lohnfortzahlung einlegen, verheiratete erst beim zweiten Kind. Zum Ende der DDR lag der Anteil der unehelich geborenen Kinder bei 30 Prozent, im Westen hingegen bei 10 Prozent. Diese unterschiedlichen ge-sellschaftlichen Vorstellungen blieben auch nach der Wende erhalten: Heute liegt die Quote der unehelich geborenen Kinder im Osten bei 62 und im Westen bei 29 Prozent.²¹

Verwerfungen nach dem Mauerfall

Der demografische Vorsprung der DDR gegenüber der BRD – die Menschen waren jünger und hatten mehr Kinder – verflog nach der Wende binnen kürzester Zeit: Aufgrund der wirtschaftlichen Umbrüche und der rasch wachsenden Arbeitslosigkeit verließen unterm Strich 1,8 der ursprünglich 16,4 Millionen ehemaligen DDR-Bürger den Osten Deutschlands gen Westen. Schon vor der Wiedervereinigung, in den Jahren 1989 und 1990, waren es jeweils fast 400.000. Sämtliche alten Bundeslän-der profitierten damals von der Ost-West-Wanderung, insbesondere aber die wirtschaftsstarken Regionen im Süden der Republik. Sie gewannen Arbeitskräfte und Steuerzahler hinzu. Über die Hälfte der Wanderungs-verluste gingen auf das Konto der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 30 Jahren. Sie waren mehrheitlich hoch qualifiziert und überwiegend weiblich. Der Osten verlor nicht nur seine besten Köpfe, sondern mit den jungen

Frauen auch sein demografisches Potenzial. Als Folge entstand in den späten 1990er-Jahren unter den 19- bis 28-Jährigen ein Männerüberschuss von 10 Prozent, in manchen ländlichen Regionen von bis zu 30 Prozent. Da-bei waren es vor allem gering qualifizierte junge Männer, die in den peripheren Gebieten zurückblieben.²² Erst seit 2012 ist der Wanderungssaldo zwischen Ost und West ausgeglichen.

Auch seinen Status als vergleichsweise kinderreiche Region verlor der Osten Deutschlands: Neun Monate nach der Wiedervereinigung sackte die Fertilitätsrate rapide ab und erreichte bald einen Wert von knapp 0,8 Kindern je Frau. Dies war der niedrigste Wert, der je-mals außerhalb von Kriegszeiten in einem (ehemaligen) Land gemessen wurde (siehe Abb. 2, S. 9). Der Rückgang geht vor allem auf die wirtschaftlichen Unsicherheiten und gesellschaftlichen Umbrüche der Nachwendezeit zurück. Viele junge Frauen entschieden sich, erst einmal mit dem Kinderkriegen abzuwarten, sodass sich das Alter bei der Geburt des ersten Kindes schnell dem um drei Jahre höheren Westwert annäherte. In dieser Zeit sank die Zahl der Neugeborenen im Osten auf die Hälfte, sodass in der Folge über 2.000 Schulen geschlossen werden mussten. Ende der 2000er-Jahre erlebten die neuen Bundesländer einen Mangel an Auszubildenden, dann an Studenten und mittlerweile an potenziellen Familiengründern.

Erst Ende der 2000er-Jahre erreichte die Fertilitätsrate wieder den Durchschnittswert der Republik von etwa 1,4 Kindern je Frau. Heute bekommen die Frauen in den neu- en Bundesländern sogar wieder etwas mehr Kinder als in den alten, was vor allem darin begründet ist, dass im Osten weniger Frauen kinderlos bleiben. Ihr Anteil liegt für die Geburtsjahrgänge 1968 bis 1972, also bei jenen Frauen, die ihre fertile Phase abgeschlossen haben, bei 15 Prozent, im Westen hingegen bei 23 Prozent.

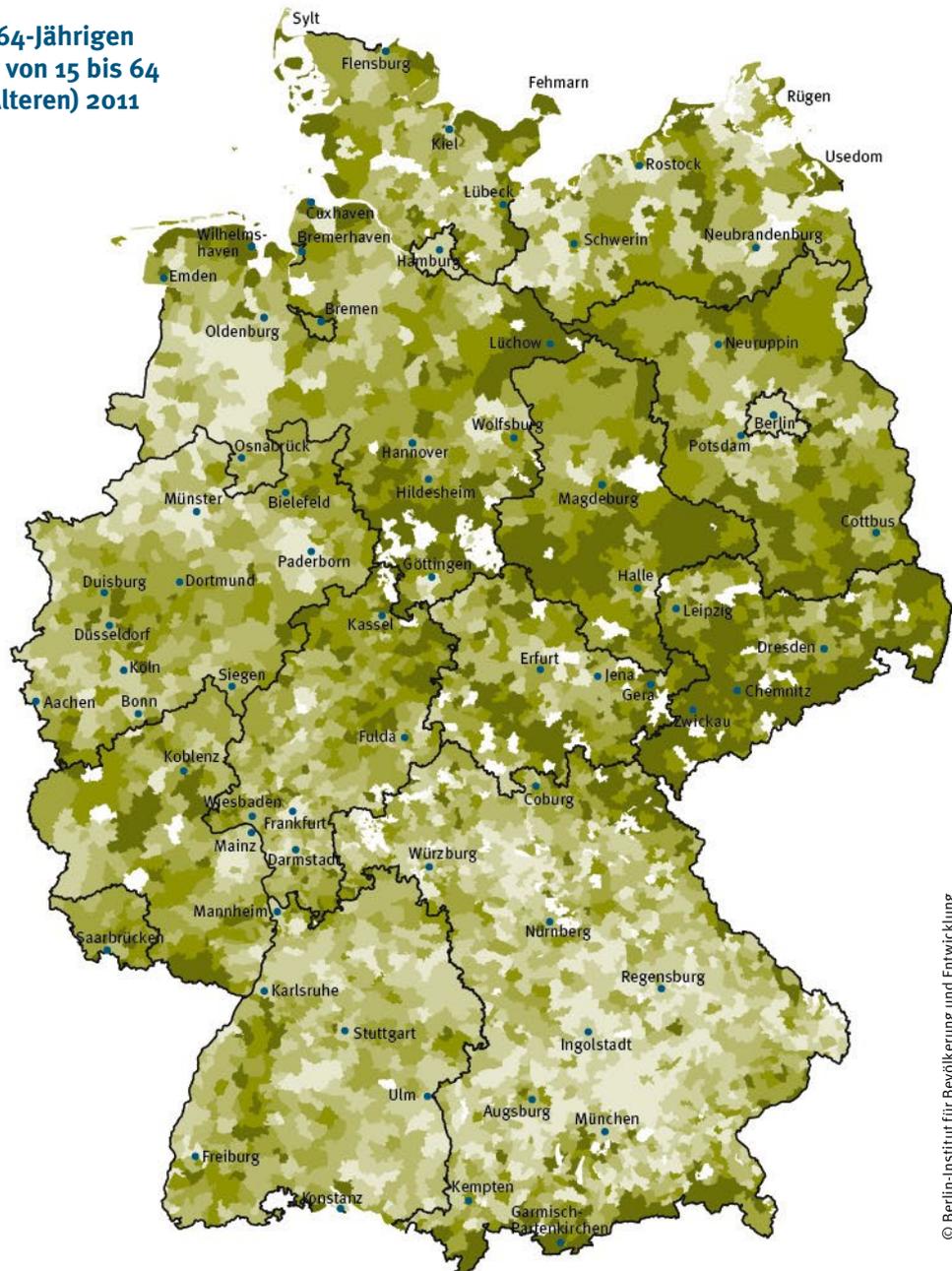
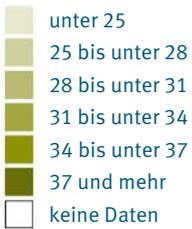
Alter Osten

Abwanderung und vorübergehender Geburtenrückgang haben die Bevölkerung in Ostdeutschland auf einen anderen Kurs geschickt als im Westen. Aus den „jungen“ Bundesländern nach der Wende sind längst die ältesten geworden. Das Verhältnis der unter 20-Jährigen gegenüber den 20- bis 64-Jährigen sank zwischen 1991 und 2013 von 40 auf knapp 25 Prozent; im Westen nur von 33 auf 31 Prozent. Dagegen stieg das Verhältnis der über 64-Jährigen zu der Erwerbsbevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren von 23 auf 39 Prozent; im Westen aber nur von 24 auf 33 Prozent.

Der Osten durchlebt somit den demografischen Wandel im Eiltempo und hat weniger Zeit, sich an die Veränderungen anzupassen. Während in typischen Universitätsstädten des Westens wie Heidelberg oder Freiburg, aber auch im kinderreichen Oldenburger Münsterland nur jeder dritte Einwohner im Rentenalter ist, ist der Anteil der über 64-Jährigen in vielen Gemeinden im Osten doppelt so hoch (Abb. 7). Diese Regionen und Kommunen stehen damit vor einem besonders großen Problem bei der künftigen Betreuung pflegebedürftiger und in verstärktem Ausmaß an Demenz leidender Personen. Dies gilt nicht nur, weil die Alterung des Ostens schneller fortschreitet als im Westen, sondern auch, weil durch die

Abb. 7: Anzahl der über 64-Jährigen je 100 Personen im Alter von 15 bis 64 (Abhängigenquote der Älteren) 2011

Quelle: INKAR 2013



Fortzüge nach der Wende viele Kinder nicht mehr in der Nähe ihrer alten Eltern leben und es generell an jungen Menschen mangelt, die Pflegeberufe ergreifen.²³

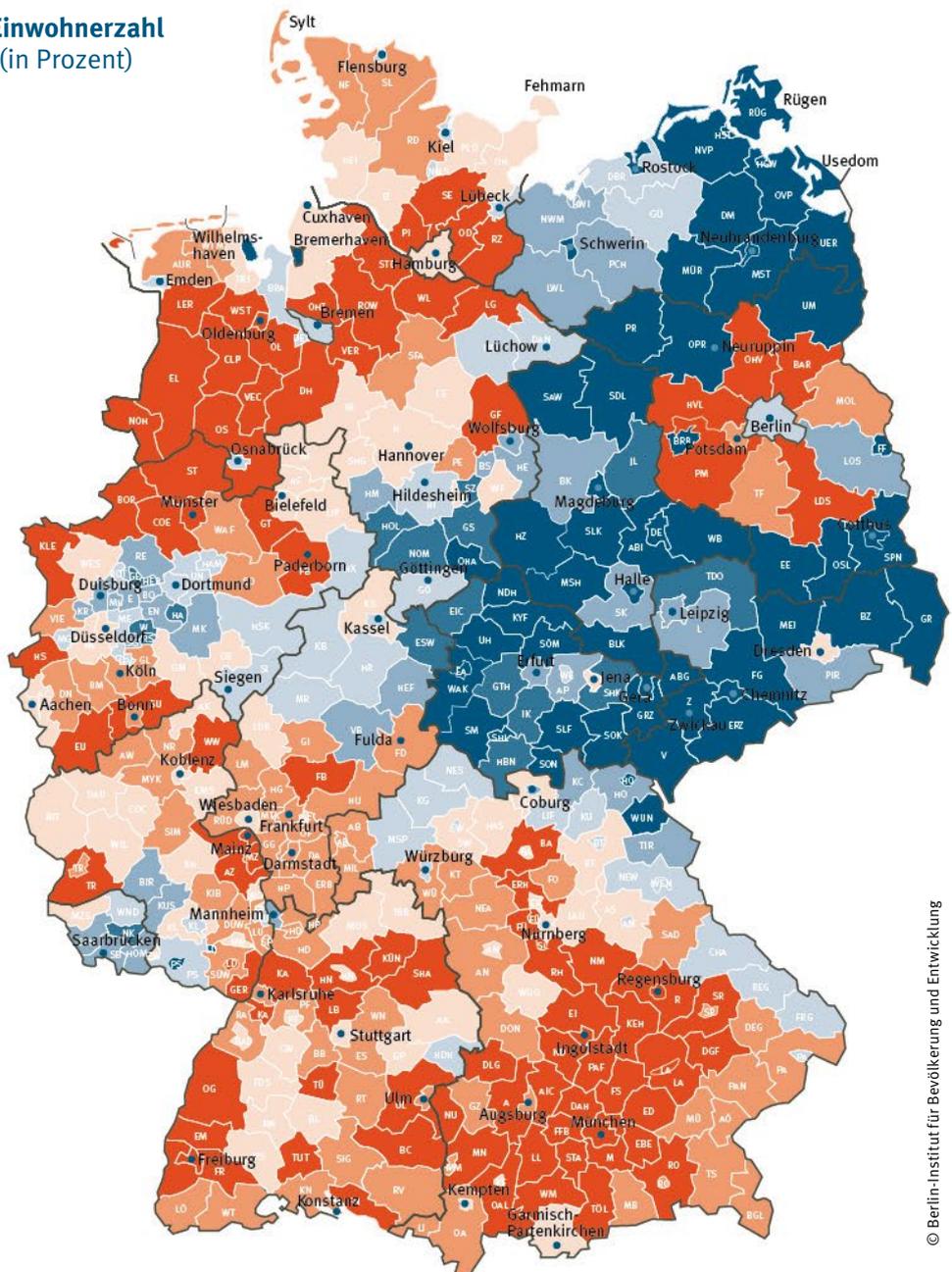
Damit wächst die Gefahr der Vereinzelung, die ohnehin im Vormarsch ist. Denn viele Ältere verlieren ihren Lebenspartner, was vor allem Frauen trifft, weil sie meist die jüngeren in einer Partnerschaft sind und zudem eine höhere Lebenserwartung haben. Auch die hohen Scheidungs- und Trennungsraten tragen zur Vereinzelung bei.

Generell gibt es in Deutschland immer mehr Menschen, die nicht mit einem Partner zusammenwohnen oder nie Kinder bekommen haben. Entsprechend wächst der An-

teil der Haushalte, in denen nur eine Person lebt. Er stieg von 1992 bis heute von 34 auf über 40 Prozent. Über ein Drittel dieser Singlehaushalte wird von über 65-Jährigen geführt, von denen über ein Viertel verwitwet und knapp ein Fünftel geschieden ist. Diese alleinstehenden Älteren sind vermehrt auf die Hilfe der Kommunen, von Pflegediensten oder von ehrenamtlichen Unterstützern angewiesen. Heute werden noch 70 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt, davon zwei Drittel hauptsächlich von Angehörigen, oft von einer Tochter oder Schwiegertochter. Doch diese Form der häuslichen Pflege verliert aufgrund der sich verändernden Familienstrukturen und der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen immer mehr an Bedeutung.²⁴

Abb. 8: Entwicklung der Einwohnerzahl zwischen 1990 und 2012 (in Prozent)

Datengrundlage: BBSR



© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Auch Zuwanderung kann den Abwärtstrend im Osten nicht bremsen

Zwischen 1990 und 2012 haben 66 von 76 Landkreisen und kreisfreien Städten im Osten Bevölkerung verloren, zum Teil erheblich (Abb. 8, S. 18). Dieser Trend wird sich aufgrund der heutigen Altersstruktur verstärkt fortsetzen. Er wird bis dato auch kaum durch die derzeitige hohe bundesweite Zuwanderung gebremst.

Traditionell hatte der Osten Deutschlands in den Zeiten der Teilung nur wenige Zuwanderer aus anderen Weltregionen gewinnen können. Bis Mitte der 1980er-Jahre kamen etwa eine halbe Million Menschen als Arbeitskräfte aus „sozialistischen Bruderstaaten“ wie China, Kuba, Angola oder Mosambik in die DDR, deren Aufenthalt aber strikt begrenzt war. Eine Integration oder ein Austausch mit der einheimischen Bevölkerung war ausdrücklich unerwünscht. Zur Wende lebten 190.000 Ausländer in der DDR, von denen danach viele in ihre Heimat zurückkehrten. Weil der angespannte Arbeitsmarkt im Osten Deutschlands seither kaum einen Zuzug von Menschen aus dem Ausland befördert hat, beträgt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den ostdeutschen Flächenländern lediglich 4 bis 5 Prozent; in den großen Flächenländern des Westens und in den Stadtstaaten inklusive der Hauptstadt Berlin hingegen über 25 Prozent (Abb. 8, S. 18). Interessanterweise haben Migranten im Osten, anders als im Westen, deutlich bessere Bildungsabschlüsse als die einheimische Bevölkerung. Sie können sich aber dennoch auf dem schwachen Arbeitsmarkt nur schwer behaupten.²⁵

Obwohl derzeit Flüchtlinge nach dem Königsteiner Schlüssel auch auf die Gebiete im Osten Deutschlands verteilt werden, ist kaum damit zu rechnen, dass diese längerfristig dort bleiben werden und damit den Bevölkerungsschwund wesentlich abmildern: Anerkannte Asylbewerber können ihren Wohnort frei wählen und sie gehen dann erfahrungsgemäß dorthin, wo sie Arbeit finden, wo sie bereits bestehende Migrantennetzwerke vorfinden oder wo eine Willkommenskultur sie einlädt zu bleiben.

Landflucht und die Renaissance der Städte

Was im Osten Deutschlands schon vor 25 Jahren deutlich wurde, ist mittlerweile zu einem bundesweiten Phänomen geworden: Vor allem junge Menschen zieht es verstärkt in die urbanen Zentren, während die peripher gelegenen ländlichen Gebiete kontinuierlich Bevölkerung verlieren.

Der Niedergang der ländlichen Räume hat verschiedene Gründe:

- **Erstens** liegen die Kinderzahlen auf dem Land heute so niedrig wie in den Städten. Während früher die Dörfer ihren Überschuss an Menschen stets an die Städte abgaben und so das urbane Wachstum förderten, ohne selbst zu schrumpfen, verlieren sie heute junge Menschen auf der Suche nach einer Ausbildung oder einem Job, ohne die Lücken aus eigener Kraft füllen zu können.

- **Zweitens** entstehen neue Arbeitsplätze in modernen Wissensgesellschaften dort, wo sich eine kritische Masse an Unternehmen, Forschungseinrichtungen und klugen Köpfen findet – also in den Ballungsräumen und kaum auf dem Lande.

- **Drittens** haben sich in den ländlichen Gebieten die infrastrukturellen Versorgungsbedingungen durch den Wegzug vieler Menschen bereits deutlich verschlechtert. Schulen und Geschäfte schließen, der Nahverkehr dünnt aus, Arztpraxen machen dicht, und dieser Rückzug treibt weitere Personen in die Zentren.

- **Viertens** steigen bundesweit, also auch auf dem Land, die Bildungswerte, was dafür sorgt, dass immer mehr junge Menschen nach ihrer Schulzeit eine Ausbildung an einer Hochschule in einer größeren Stadt aufnehmen.

- **Fünftens** haben sich viele Städte in den vergangenen Jahrzehnten einer Erneuerungskur unterzogen, sie haben attraktiven Wohnraum geschaffen, alte Industriebrachen und Gleisanlagen rekultiviert sowie die Betreuungsbedingungen für Kinder verbessert. Weil zudem immer mehr Paare Doppelverdiener sind und zunehmend weite Pendelfahrten zum Arbeitsplatz scheuen, sind Städte gerade für junge Familien wieder zu einem attraktiven Wohnstandort geworden.

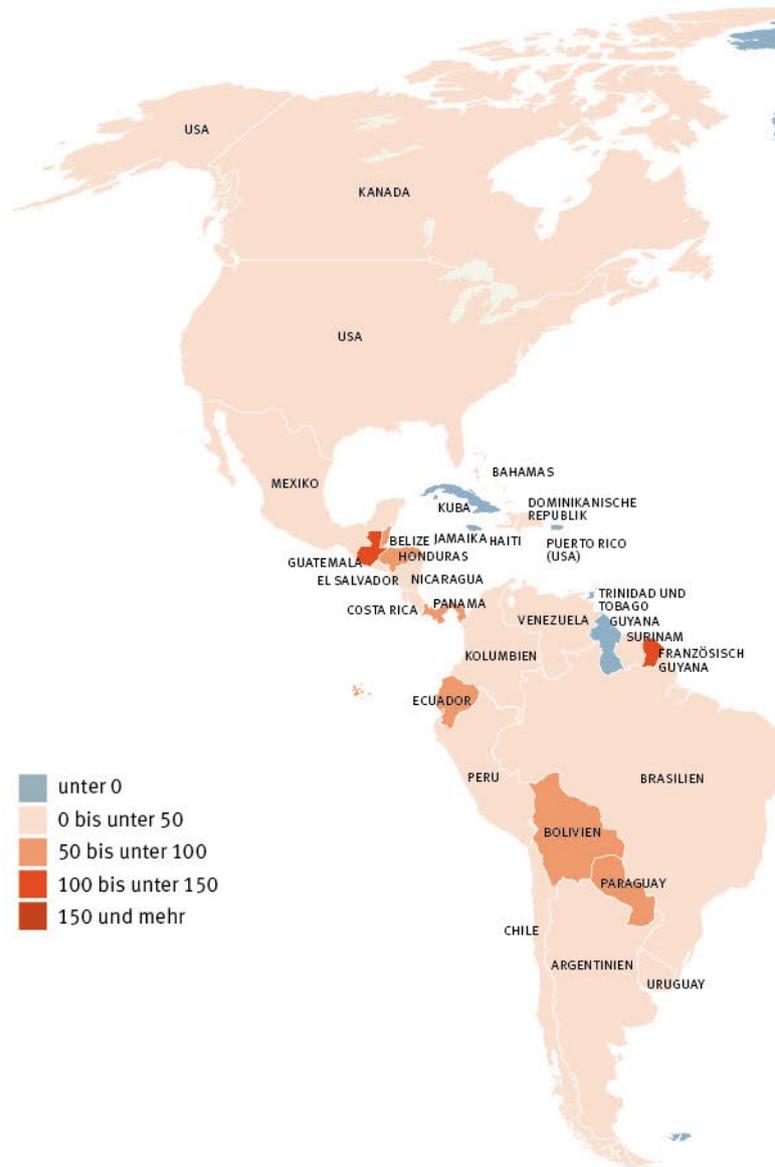
Inzwischen stabilisieren sich oder wachsen sogar große und mittlere Städte im Osten Deutschlands wieder, die nach der Wende jahrelang Bevölkerung verloren hatten. Dies gilt für insgesamt 15 Prozent der ostdeutschen Gemeinden, während die große Mehrheit nach wie vor schrumpft.²⁶ Im Umland dieser Zentren hat sich aufgrund der ohnehin dünnen Besiedlung in den ländlichen Abwanderungsgebieten die Versorgungslage stark verschlechtert, sodass mittlerweile selbst ältere Menschen in die nächste größere Stadt ziehen, weil sie dort barrierefreien Wohnraum und den kurzen Weg zum Einkaufen oder zum Arzt finden.

Die Renaissance der Städte lässt sich allerdings nicht bundesweit beobachten. Sie findet nur dort statt, wo ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen gegeben ist. Viele Städte in den alten Industrievierteln des Ruhrgebietes und des Saarlandes oder Küstenstandorte wie Bremerhaven, Kiel und Lübeck haben Bevölkerung verloren. Dort herrschen durch den Wegfall von Arbeitsplätzen in Schwerindustrie, Bergbau und Werften grundsätzlich ähnliche wirtschaftliche und entsprechend auch demografische Bedingungen wie in weiten Teilen Ostdeutschlands.

Für die vom Bevölkerungsschwund betroffenen Gemeinden stellen sich die größten Probleme bei der Anpassung an den demografischen Wandel. Ihnen fehlen nicht nur Steuer- und Gebührenzahler, sondern es steigen auch die Kosten der kommunalen Infrastruktur, etwa für die Kläranlagen. Der lokale Handel leidet unter der sinkenden Kaufkraft. Diese Kommunen sind auch überproportional von der Alterung betroffen. Sie haben es meist mit einer Vielzahl von sozialen Schieflagen zu tun, die sie trotz angespannter Haushaltslage bewältigen müssen.

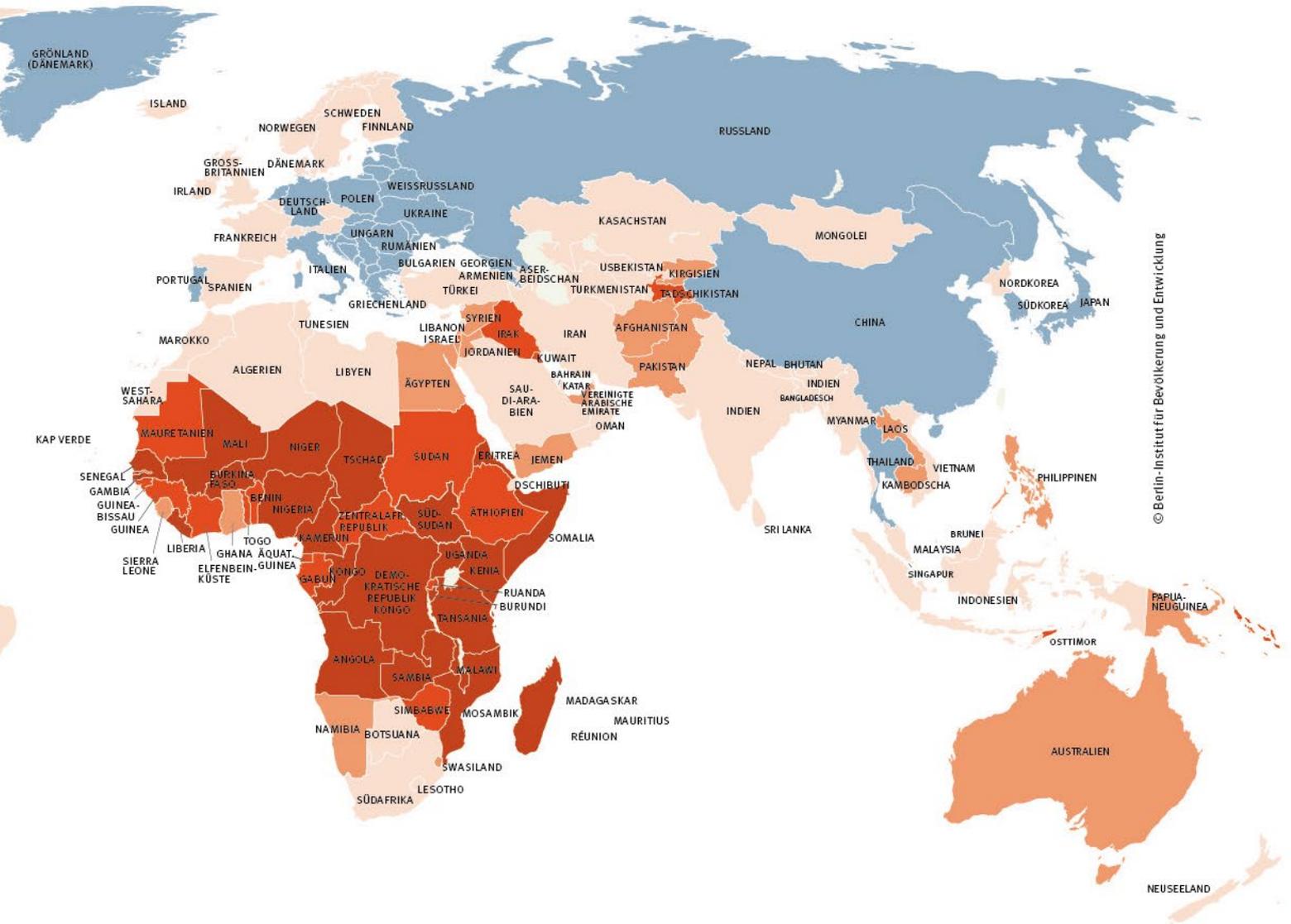
Abb. 9: Bevölkerungsentwicklung 2013 bis 2060 (in Prozent)

Datengrundlage: UNPD



Was bringt die Zukunft?

Selbst wenn die Menschen in Deutschland wieder mehr Kinder in die Welt setzen würden, hätte das wenig Einfluss auf die weitere demografische Entwicklung. Ein Anstieg der Fertilitätsraten auf 1,6 oder 1,7 Kinder je Frau wäre bereits eine Sensation, aber auch diese Werte würden nichts am Schrumpftrend ändern. Um ihn zu brechen, müsste die Fertilitätsrate deutlich über 2 steigen, denn die Zahl der potenziellen Mütter hat sich in den vergangenen Jahrzehnten fast halbiert. Ohnehin erreicht kein entwickeltes Land der Welt (mit Ausnahme Israels)



© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

noch eine Fertilität von mindestens 2,1 Kindern je Frau, jenem Wert, bei dem eine Bevölkerung ohne Zuwanderung langfristig stabil bleibt.

Damit ist Deutschland für die absehbare Zukunft darauf angewiesen, sein verfügbares Humanvermögen besser zu nutzen: durch längere Lebensarbeitszeiten, höhere Erwerbsquoten und bessere Bildung – vor allem für jene Bevölkerungsgruppen, die nur gering qualifiziert und überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen

sind. Als weitere Stellschraube zum Stopfen der demografischen Lücken bleibt die Zuwanderung. Welchen Effekt es hat, wenn ein Land gezielt Migranten fernhält, zeigt sich am Beispiel Japans, wo die Kinderzahlen seit Ende der 1970er-Jahre auf gleichem Niveau wie in Deutschland liegen. Nach offiziellen Vorausberechnungen dürfte Japan bis 2060 rund ein Drittel seiner heute 127 Millionen Einwohner verlieren, bis 2090 die Hälfte. Die gleiche Prognose rechnet damit, dass bis 2060 ein Drittel aller Japaner über 80 Jahre alt ist und dass die Gruppe der über 100-Jährigen mit über einer halben Million so groß ist wie die Gruppe der Neugeborenen bis

Einjährigen. Parallel zu der demografischen Entwicklung stagniert auch die japanische Wirtschaft, die seit Mitte der 1990er-Jahre praktisch kein Wachstum mehr aufweist.²⁷ Bislang hat Japan keine Antwort auf seinen demografisch-ökonomischen Abstieg gefunden, den der Bielefelder Sozialforscher Franz-Xaver Kaufmann wie folgt kommentiert: „Wachsende Anpassungszwänge stoßen im Falle schrumpfender Bevölkerungen auf sinkende Anpassungsfähigkeit. Konflikte tendieren dazu, sich zu verfestigen, anstatt innovative Lösungen zu generieren.“²⁸

Vor dem Ende der europäischen Zuwanderung

Die Zuwanderung nach Deutschland, die bis heute überwiegend aus Europäern besteht, wird sich mittelfristig verändern. Denn in den Ländern Süd- und Osteuropas, die bislang die Hauptquelle sind, liegen die Kinderzahlen zum Teil noch niedriger als in Deutschland, sodass sich das Arbeitskräfteangebot aus dieser Region mittelfristig erschöpfen wird. Auch wenn die Bevölkerung dieser Länder zum Teil noch deutlich jünger ist als hierzulande, stehen sie ebenfalls vor einem Schrumpf- und Alterungsprozess und werden über kurz oder lang selbst Zuwanderung brauchen, die dann nur noch aus Drittstaaten, also von außerhalb der EU kommen kann. Aus eigener Kraft einigermaßen stabil sind nur jene EU-Länder, die Fertilitätsraten zwischen 1,7 und 2,0 Kinder je Frau aufweisen, also Frankreich, Belgien, die Niederlande, Großbritannien, Irland und die skandinavischen Staaten.

Das Migrationspotenzial des 21. Jahrhunderts findet sich somit vor allem in West- und Südasien sowie in Afrika und dort in jenen Ländern, deren sozioökonomische Entwicklung noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in den Industrie- und Schwellenländern, deren Bildungsstand noch deutlich unter dem globalen Mittelwert liegt, wo die Kinderzahlen je Frau und das Bevölkerungswachstum noch entsprechend hoch sind.

Noch wächst die Weltbevölkerung stark

Zwar hat sich wegen des weltweiten Trends zu kleineren Familien die Wachstumsrate der Menschheit seit den 1960er-Jahren halbiert, als die Furcht vor einer „Bevölkerungsexplosion“ grassierte. Weil sich das „niedrige“ Wachstum allerdings heute auf einer Basis von 7,3 Milliarden Menschen abspielt und damit von doppelt so vielen Menschen ausgeht wie noch in den 1960er-Jahren, mehrt sich deren Zahl noch immer um den Rekordwert von 80 Millionen im Jahr. Dieser Zuwachs konzentriert sich fast ausschließlich auf die am wenigsten entwickelten und ärmsten Länder der Erde. Damit grenzt Europa, der Kontinent mit der ältesten Bevölkerung und den niedrigsten Kinderzahlen, nur durch das Mittelmeer getrennt an jene Weltregionen mit den jüngsten Bevölkerungen und den höchsten Kinderzahlen.

Selbst in den ärmsten Staaten Afrikas und Westasiens gehen die Fertilitätsraten seit den 1990er-Jahren zurück. Sie haben aber vor allem in Afrika noch kein Niveau erreicht, das auf eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums auch nur hindeuten könnte. In Ländern wie Niger, Somalia oder Nigeria bekommen die Frauen noch zwischen 7,6 und 5,6 Kinder. Entsprechend geht die mittlere Variante der UN-Bevölkerungsvorausschätzung davon aus, dass sich die Gesamtbevölkerung in Afrika und dem Nahen Osten bis 2050 von heute 1,3 Milliarden auf dann 2,7 Milliarden etwa verdoppelt. Mehr als die Hälfte des erwarteten globalen Bevölkerungszuwachses findet in diesen beiden Regionen statt. Fünf Länder Afrikas werden dann die 100-Millionen-Grenze überschritten haben: Für Ägypten, Äthiopien, Tansania, Uganda und die Demokratische Republik Kongo werden bis Mitte des Jahrhunderts 136, 166, 129, 104 respektive 194 Millionen Einwohner vorhergesagt. Nigeria liegt schon heute bei 180 Millionen und dürfte bis 2050 auf gut 440 Millionen angewachsen sein. Dagegen dürfte sich die Einwohnerzahl Europas von 743 auf 710 Millionen reduzieren. Die der Europäischen Union mit ihren 29 Mitgliedsstaaten wird sich in etwa auf dem heutigen Niveau von 510 Millionen halten – unter der Annahme, dass die Zuwanderung auf dem Mittelwert der vergangenen Jahre bleibt.²⁹

Das Hauptproblem der wenig entwickelten Länder ist, dass deren Infrastruktur in Form von Schulen, Gesundheitsdiensten und vor allem Arbeitsplätzen nicht mit dem starken Bevölkerungswachstum mithalten kann. Dadurch verstärkt sich vielerorts die Unzufriedenheit vor allem junger Menschen, die besonders unter der hohen Arbeitslosigkeit leiden. Die wachsende Zahl von politischen Unruhen und bewaffneten Konflikten und letztlich der Flüchtlingsströme in Westasien und Afrika ist eine Folge dieser sich ausbreitenden Frustration.

Damit erreichen die demografischen Verwerfungen im Laufe des 21. Jahrhunderts ein historisches Maximum. Während sich Europa und Ostasien mit China, Südkorea und Japan vom Bevölkerungswachstum verabschieden, wird es in den heute armen Ländern noch eine ungewisse Zeit anhalten. Aber auch dort ist längerfristig ein Ende des Wachstums wahrscheinlich, denn fast überall verbessern sich der Zugang zu und der Grad an Bildung, auch unterstützt von den Millenniums-Entwicklungszielen der Weltgemeinschaft. Bessere Bildung war in der Vergangenheit stets der Schlüssel für sinkende Kinderzahlen, für eine gesellschaftliche Entwicklung und wachsenden Wohlstand. Die Frage ist lediglich, ob diese Entwicklung schnell genug verläuft, um weitere durch hohes Bevölkerungswachstum ausgelöste Krisen zu verhindern.³⁰

Folgt eine säkulare Stagnation?

Während die eine Hälfte der Welt noch mit den Problemen des Wachstums kämpft, muss sich die andere auf deren Ende vorbereiten: Die heutigen Industriestaaten und die ersten Schwellenländer erleben nicht nur das Ende ihrer demografischen Expansion, sondern auch eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. In all diesen Ländern sinken die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes wie auch die Produktivitätszuwächse seit Jahrzehnten kontinuierlich ab. Für diesen Trend, der in der ökonomischen Fachliteratur unter dem Begriff der „säkularen Stagnation“ gehandelt wird, gibt es verschiedene Gründe: Sättigungseffekte, sinkende Nachfrage, übermäßige Verschuldung und die Alterung der Gesellschaft, verbunden mit dem Ende des Bevölkerungswachstums.³¹

Eine rasch wachsende Zahl von Ländern muss sich daher von den lieb gewonnenen Wachstumserwartungen der Vergangenheit verabschieden. Sie müssen nach Gesellschaftsmodellen suchen, die ein Wohlergehen der Gesellschaft mit nur wenig oder ganz ohne Wachstum garantieren. Es sind die Modelle, die der Club of Rome und andere Umweltinitiativen seit über vier Jahrzehnten aus Gründen der Nachhaltigkeit anmahnen. Bisher gibt es diese Modelle nicht, denn sie kollidieren mit den Grundlagen, auf denen die Staatshaushalte, die Sozialsysteme und Finanzmärkte beruhen: Diese sind für ihre Funktionsfähigkeit nach wie vor auf Wachstum angewiesen.

Wenn es aber die zwangsläufige Folge einer positiven, sehr erfreulichen sozioökonomischen Entwicklung ist, mit wachsendem Wohlstand, mehr Bildung und Gleichstellung der Geschlechter sinkende Kinderzahlen zu erfahren und so in ein Ende des Bevölkerungs- und später auch des Wirtschaftswachstums zu geraten, dann besteht eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts darin, diesen Prozess im Sinne der Menschen planerisch zu begleiten.³²

2

Stiftungshandeln im demografischen Wandel – ein Überblick

Stiftungen beteiligen sich bereits in vielfältiger Weise daran, den gesellschaftlichen Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Eine Befragung im Rahmen des StiftungsPanels des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen liefert nun erstmals Daten dazu.³³ Neben den Ergebnissen der Panelbefragung bilden auch Zahlen aus der Datenbank Deutscher Stiftungen die Grundlage für dieses Kapitel.

Rund 16 Prozent der im Rahmen des StiftungsPanels befragten Stiftungen haben den demografischen Wandel explizit auf ihre Agenda gesetzt.³⁴ Somit arbeiten nur wenige Stiftungen ausdrücklich zum demografischen Wandel und benennen diesen als Schwerpunkt in der Satzung bzw. führen eigene Programme und Projekte dazu durch. Das Engagement dieser Stiftungen wird im ersten Teil des Kapitels beschrieben.

Viele Stiftungen tragen allerdings dazu bei, den demografischen Wandel mit zu gestalten, ohne ihn direkt als Schwerpunkt zu benennen. So befassen sich zwei Drittel der befragten Stiftungen mit Themen, die mit dem demografischen Wandel zusammenhängen, ohne dass dieser explizit auf ihrer Agenda steht.³⁵ Für die häufigsten Stiftungszwecke wird daher im zweiten Teil des Kapitels beschrieben, welche thematischen Verbindungen zum demografischen Wandel bestehen.

Die Befragung des StiftungsPanels zeigt: Deutlich über 80 Prozent der Stiftungen beteiligen sich – explizit oder implizit – an der Gestaltung des demografischen Wandels.³⁶ Warum Stiftungen wichtige Akteure in diesem Themenfeld sind, wird im dritten Teil des Kapitels erläutert. Im abschließenden vierten Teil wird auf die Relevanz des demografischen Wandels für Stiftungen selbst und auf das Stiften im Allgemeinen aufmerksam gemacht.

1 Wegbereiter: Stiftungen, die sich explizit mit dem demografischen Wandel befassen

Bereits vor zehn Jahren, im Jahr 2006, war das Thema demografischer Wandel schon einmal Schwerpunkt eines Deutschen Stiftungstages. War es damals noch ein Ergebnis, dass der demografische Wandel nicht ausreichend in der öffentlichen Debatte thematisiert werde, so ist dies mittlerweile obsolet. Das Thema ist im öffentlichen Diskurs angekommen, auch mithilfe von Stiftungen.

Seit den 1990er-Jahren ist der demografische Wandel auf der Agenda von Stiftungen. Im Folgenden werden einige Stiftungen exemplarisch genannt, wobei mit der Aufzählung kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird. Vielmehr sollen anhand einiger Beispiele die bisherigen Aktivitäten von Stiftungen im Themenfeld demografischer Wandel veranschaulicht werden.

Dieses Kapitel basiert auf einer Befragung des StiftungsPanels und auf 14 Experteninterviews. Darüber hinaus haben Uwe Amrhein (Generali Zukunftsfonds), Julie Boekhoff (ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius), Prof. Dr. Hans Fleisch (Bundesverband Deutscher Stiftungen), Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil (Universität Mainz), Gudrun Kirchhoff (Deutsches Institut für Urbanistik), Anja Paehlke (Körper-Stiftung) und Sabine Süß (Netzwerk Stiftungen und Bildung im Bundesverband Deutscher Stiftungen) ihr Wissen im Rahmen eines Expertenworkshops im Oktober 2015 eingebracht.

Zu den ersten Stiftungen, die sich explizit mit dem demografischen Wandel befasst hat, zählt die **Schader-Stiftung**. Schon in den 1990er-Jahren thematisierte sie den gesellschaftlichen Wandel aufgrund demografischer Veränderungen, vor allem in Bezug auf die sozialräumliche Entwicklung in der Stadt, die Integration von Migranten im urbanen wie im ländlichen Raum und die Potenziale des Alterns.

Auch die **Deutsche Stiftung Weltbevölkerung** widmet sich bereits seit langer Zeit den Herausforderungen des demografischen Wandels und leistet seit ihrer Gründung 1991 wichtige Informationsarbeit. So unterstützt sie u.a. Aufklärungsprojekte in Ländern mit einem hohen Bedarf an Informationen zu freiwilliger Familienplanung und Sexuaufklärung. Da der demografische Wandel ein globales Thema ist und entsprechend adressiert werden muss, veröffentlicht die Stiftung einmal jährlich einen Datenreport, der soziale und demografische Daten weltweit umfasst.

Neben der Stiftung Weltbevölkerung trägt auch die **Stiftung Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung** das Thema explizit im Namen. Das unabhängige wissenschaftliche Forschungsinstitut wurde durch die im April 2004 veröffentlichte Untersuchung „Deutschland 2020 – Die demografische Zukunft der Nation“ einer breiten Öffentlichkeit bekannt und ist seither einflussreich in der öffentlichen Debatte und als Politikberater.

Die **Bertelsmann Stiftung** arbeitet explizit zu vielen Aspekten des demografischen Wandels. Hervorzuheben ist vor allem der „Wegweiser Kommune“. Dieses umfassende Informationsportal steht der Öffentlichkeit seit 2006 zur Verfügung und bietet Anregungen und Tipps zur Gestaltung des demografischen Wandels. „Viele Ergebnisse vorheriger Projekte der Bertelsmann Stiftung zum demografischen Wandel fließen in den Wegweiser Kommune mit ein“, berichtet Petra Klug, Senior Project Manager in der Bertelsmann Stiftung. „Es geht darum, zunächst Transparenz über den demografischen Wandel herzustellen. Jede Kommune kann detaillierte Daten zur Bevölkerungsentwicklung abrufen. Wir unterstützen die Kommunen bei der Datenanalyse durch konkrete Handlungsempfehlungen und liefern Lösungsvorschläge anhand von Good Practice-Beispielen.“



Unser Anliegen ist es, mit dem Wegweiser Kommune Transparenz herzustellen. Jede

Kommune kann detaillierte Daten zur Bevölkerungsentwicklung abrufen. Wir unterstützen die Kommunen bei der Datenanalyse durch konkrete Handlungsempfehlungen und liefern Lösungsvorschläge anhand von Good Practice-Beispielen.

Petra Klug, Bertelsmann Stiftung

Um einen Ort für das Alter zu schaffen, wurde 1977 auf Anregung des Stifters Kurt A. Körber das BegegnungsCenter Haus im Park gegründet, das zur **Körper-Stiftung** gehört. Das Haus im Hamburger Stadtteil Bergedorf steht Menschen ab 50 Jahren offen und bietet Bildungs- und Freizeitaktivitäten, Gesundheitsprävention, Jung-Alt-Projekte, kulturelle Veranstaltungen, ein Café und eine Praxis für Physiotherapie sowie viele Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren. „Seit etwa zehn Jahren bearbeiten wir in der Körper-Stiftung das Thema Alter auch als Metathema“, erklärt Karin Haist, Leiterin des Bereichs Gesellschaft in der Körper-Stiftung. „Durch das Haus im Park können wir in diese eher theoretisch geführte Diskussion praktische Erfahrungen einspeisen. Zugleich ist das Haus im Park für uns ein Ort zur Erprobung von neu entwickelten Konzepten und Ideen, die in anderen Ländern gut funktionieren und deren Erfahrungen und Gelingensfaktoren wir in Deutschland sichtbar machen.“ Neben dem Haus im Park als Praxisprojekt ist die Körper-Stiftung auch mit weiteren Tätigkeiten im Handlungsfeld demografischer Wandel aktiv. So begleitet sie die kommunale Politik und Verwaltung auf dem Weg zu einer demografiefesten Stadt, setzt sich für Engagementnetzwerke ein, wirbt bei Arbeitgebern für die Potenziale der Älteren und schmiedet Allianzen für das gemeinschaftliche Handeln von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat.



Seit etwa zehn Jahren bearbeiten wir in der Körper-Stiftung das Thema Alter auch als

Metathema. Durch das Haus im Park können wir in diese theoretisch geführte Diskussion praktische Erfahrungen einspeisen. Zugleich ist das Haus ein Ort zur Erprobung von neu entwickelten Konzepten und Ideen.

Karin Haist, Körper-Stiftung

Die **Robert Bosch Stiftung** beschäftigt sich seit 2003 mit dem demografischen Wandel. Zu Beginn legte sie einen Fokus auf das Thema Familie und berief die Expertenkommission „Familie und demographischer Wandel“ ein, die 2005 ihren Bericht mit konkreten Empfehlungen und Lösungsansätzen veröffentlichte. 2009 legte die Kommission in ihrem zweiten Bericht den Fokus auf die Themen Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Dieser Bericht bildete eine Grundlage für das Förderprogramm „Neulandgewinner. Zukunft erfinden vor Ort“ zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in schrumpfenden ländlichen Regionen in Ostdeutschland.

2003 wurde in der Robert Bosch Stiftung auch der Förderschwerpunkt „Leben im Alter“ aufgebaut. Von besonderer Bedeutung war dabei die differenzierte Sicht auf das Alter(n) – von Fragen der Altenhilfe und einer angemessenen Palliativversorgung bis zur Förderung und Hervorhebung der Potenziale der gewonnenen Lebensjahre in zivilgesellschaftlichem Engagement und Erwerbswelt. Gesundheitsbezogene Förderprogramme, insbesondere zu Demenz, stehen weiter im Interessensmittelpunkt der Stiftung. Dr. Bernadette Klapper, Bereichsleiterin Gesundheit in der Robert Bosch Stiftung, resümiert: „Innerhalb der Stiftung hat ein Perspektivenwechsel stattgefunden. Lange Zeit wurde der demografische Wandel als eigenständiges Thema behandelt. Heute verstehen wir den demografischen Wandel vielmehr als einen Querschnittsauftrag, der in allen Bereichen unserer Stiftungstätigkeit wahrzunehmen ist.“

 *Innerhalb der Robert Bosch Stiftung hat ein Perspektivenwechsel stattgefunden. Lange Zeit wurde der demografische Wandel als eigenständiges Thema behandelt. Heute verstehen wir ihn als Querschnittsauftrag, der in allen Bereichen unserer Stiftungstätigkeit wahrzunehmen ist.*

Dr. Bernadette Klapper, Robert Bosch Stiftung

Die **ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius** setzt sich insbesondere im Kontext ihrer Bildungsaktivitäten mit dem demografischen Wandel auseinander. Das Transferprojekt „WEICHENSTELLUNG“ unterstützt Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien beim Übergang in das schulische Regelsystem und trägt somit zur Integration in Schule und Gesellschaft bei. Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftungsaktivität liegt auf dem lebenslangen Lernen als Schlüssel für Teilhabe und Beschäftigungsfähigkeit. „Wir haben uns in der ZEIT-Stiftung der Rente mit 67 in der Metallindustrie zugewandt“, berichtet Dr. Tatiana Matthiesen, Leiterin des Bereichs Bildung und Erziehung in der ZEIT-Stiftung. „Helmut Schmidt, der inzwischen verstorbene langjährige Kurator der Stiftung, hatte das Vorhaben angeregt. Gemeinsam mit der Handelskammer haben wir ganz konkrete Handlungsempfehlungen für Personaler, aber auch für die Mitarbeitenden in einem körperlich sehr belastenden Beruf entwickelt und in einem Handbuch dargelegt. Aktuell untersuchen wir die Beschäftigungsfähigkeit in der Dienstleistungswirtschaft – am Beispiel der Altenpflege.“

 *Wir haben uns in der ZEIT-Stiftung der Rente mit 67 in der Metallindustrie zugewandt. Gemeinsam mit der Handelskammer haben wir konkrete Handlungsempfehlungen für Personaler, aber auch für die Mitarbeitenden in einem körperlich sehr belastenden Beruf entwickelt und in einem Handbuch dargelegt.*

Dr. Tatiana Matthiesen,
ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Die **Herbert Quandt-Stiftung** beschäftigt sich ebenfalls explizit mit dem demografischen Wandel und fokussiert sich auf schrumpfende ländliche Regionen. So hat sie u.a. 2012 das Programm „Bürger.Innen.Land – Für eine aktive Zivilgesellschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ aufgelegt, das seit Juni 2015 von der **Mecklenburger AnStiftung** weitergeführt wird.

Der demografische Wandel verändert viele Teile des ländlichen Raumes in Deutschland und ebenso die Städte. Auch die **Technologiestiftung Berlin** betont, dass sich die Stadtentwicklung den demografischen Veränderungen anpassen muss. Die Stiftung konzentriert sich auf zwei Aspekte, die mit Technologie sehr gut weiterzuentwickeln sind: dem Wohnen und der Mobilität.

Mit dem baulichen Management in ländlichen Siedlungen und mit Leerstand setzt sich die **Stiftung Schloss Ettersburg** auseinander. Sie errichtete 2011 gemeinsam mit dem damaligen Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr das Informationsportal „Serviceagentur Demografischer Wandel“.

Auch die **Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen** beschäftigt sich explizit mit dem demografischen Wandel. Sie versteht sich als interdisziplinär angelegte Denkfabrik und zielt darauf ab, in Politik und Öffentlichkeit ein Bewusstsein für dessen Folgen zu schaffen.

Im Filmprojekt „immer dienstags um fünf“ bringt die **Nemetschek Stiftung** unterschiedliche Menschen in den Dialog und will deutlich machen, dass die Diversität durch den demografischen Wandel uns offener und reicher macht.

Den Dialog fördert auch die 2014 gegründete **Schütt-Stiftung**, die unter dem Dach des Deutschen Stiftungszentrums arbeitet. Sie widmet sich dem Generationendialog, indem sie bürgerschaftliches Engagement in Mehrgenerationenprojekten in den Bereichen Kultur und Medien unterstützt.

Schließlich gibt es auch Stiftungen, die im Feld der medizinischen Forschungsförderung aktiv sind und dabei explizit den demografischen Wandel im Blick haben. Dazu gehört etwa die **Stiftung zur Erforschung der Vaskulären Demenz** unter dem Dach des Deutschen Stiftungszentrums, die das Institut für Schlaganfall- und Demenzforschung am Klinikum der Universität München mitfinanziert.

Zu den Stiftungen, die den demografischen Wandel ausdrücklich thematisieren, gehören selbstverständlich auch die **parteinahen Stiftungen**. Mit Publikationen und Veranstaltungen kommen sie ihrem politischen Bildungsauftrag zum demografischen Wandel und den damit verbundenen Gesellschaftsfragen nach.

2 Demografischer Wandel – ein Thema für jede Stiftung!

Durch den demografischen Wandel verändern sich die Rahmenbedingungen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen. Dies hat auch Auswirkungen auf Stiftungen und kaum eine Stiftung kann sich dem Thema ganz entziehen. Mehr als zwei Drittel der befragten Stiftungen (67,4 Prozent) haben den demografischen Wandel zwar nicht ausdrücklich auf die eigene Agenda gesetzt, befassen sich jedoch mit Themen, die in direkter Verbindung zum demografischen Wandel stehen.³⁷

Unter den Stiftungen, die angegeben haben, nicht ausdrücklich zum demografischen Wandel zu arbeiten, stehen faire Bildungschancen und bürgerschaftliches Engagement hoch im Kurs. Nur sehr wenige befassen sich hingegen mit Vereinbarkeit von Familie und Beruf (siehe Abb. 1, S. 29).

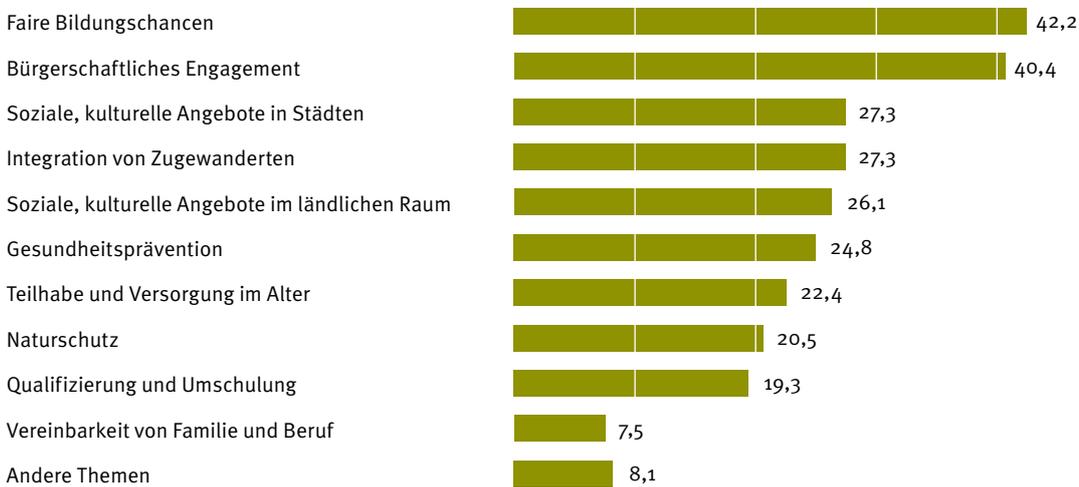
Die Befragungsergebnisse zeigen: Stiftungen beschäftigen sich bereits mit vielen Themen, die vom demografischen Wandel berührt sind. Dies wird im folgenden Abschnitt anhand verschiedener Stiftungszwecke ausführlicher veranschaulicht.

Soziales

Wir leben länger und die Chancen stehen günstig, das Leben im Alter bei guter Gesundheit selbst aktiv zu gestalten. Zugleich steigt auch der Unterstützungsbedarf älterer Menschen. Ein wichtiges Handlungsfeld aufgrund des demografischen Wandels ist daher die Teilhabe und Versorgung im Alter – ein klassischer Aufgabenbereich von Stiftungen. Viele kirchliche und in kommunaler Verwaltung stehende Stiftungen sind in diesem Bereich seit Langem tätig. Eine der ältesten Stiftungen in Deutschland, das 1177 in Lübeck gegründete St. Johannis-Jungfrauenkloster, unterstützt auch heute noch alleinstehende, ältere Frauen ohne genügendes Einkommen. Mildtätige Stiftungen kümmerten sich schon sehr früh um die Linderung von Altersarmut und schafften Rahmenbedingungen für würdiges Altern. In der Pflege älterer Menschen sind auch soziale Trägerstiftungen seit langer Zeit tätig.

Abb. 1: Stiftungsthemen mit Bezug zum demografischen Wandel (in Prozent)

„Der demografische Wandel berührt viele Themen, mit denen sich Stiftungen beschäftigen, ohne dass dabei der demografische Wandel explizit genannt wird. Wie ist es bei Ihnen, mit welchen dieser Themen befasst sich Ihre Stiftung?“



Berücksichtigt wurden die Stiftungen, die bei einer vorherigen Frage angaben, dass der demografische Wandel nicht explizit auf der Agenda ihrer Stiftung steht. StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, Mehrfachnennungen möglich, n = 161 Stiftungen.

„Wir wissen aus mehreren Untersuchungen, dass der Grad der sozialen Vernetztheit ein zentraler Gesundheitsaspekt ist“, erklärt Uwe Amrhein, Leiter des Generali Zukunftsfonds. „Wer nicht sozial vernetzt ist, trägt ein höheres Gesundheitsrisiko. Eine wichtige Aufgabe – auch für Stiftungen – besteht darin, jeder Form der Vereinsamung im Alter durch Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitgestaltung entgegenzuwirken. Potenziale des Alters zu entfalten, ist sowohl ein Beitrag zur Gesunderhaltung älterer und hochbetagter Menschen als auch eine wichtige Ressource für die gesamte Gesellschaft.“

» Wer nicht sozial vernetzt ist, trägt ein höheres Gesundheitsrisiko. Eine wichtige Aufgabe auch für Stiftungen besteht darin, der Vereinsamung im Alter durch Möglichkeiten zur Teilhabe und Mitgestaltung entgegenzuwirken.

Uwe Amrhein, Generali Zukunftsfonds

Da die demografische Entwicklung regional sehr unterschiedlich verläuft, gelingt es nicht gleichermaßen, die Teilhabe und Versorgung im Alter zu ermöglichen. In schrumpfenden Städten und peripheren ländlichen Regionen wird dies zunehmend zu einem drängenden Pro-

blem. Denn es fehlt an ärztlicher und medizinischer Versorgung, an sozialen Treffpunkten, an Kulturangeboten und vielem mehr. Häufig sind lange Wege zurückzulegen und der öffentliche Nahverkehr ist eingeschränkt. Auch hier sind Stiftungen unterstützend tätig, etwa die Bürgerstiftung Nordheim, die gemeinsam mit der Gemeinde Nordheim einen Bürgerbus bereitstellt, der es den Menschen in der Region ermöglicht, mobil zu bleiben.

Nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten spielt Mobilität eine wichtige Rolle und fordert die Kommunen. Städte müssen so gestaltet werden, dass alle – unabhängig von ihrem Alter – sich frei bewegen können. Dies berührt die Themen Inklusion und Barrierefreiheit. Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg, gibt Einblick in drängende Fragen, denen sich die Städte stellen müssen: „Wie planen und bauen wir Städte so, dass im demografischen Wandel alle Altersgruppen – insbesondere Ältere und Älteste – gleichermaßen teilhaben können? Wie gehen wir mit den Auswirkungen der betrüblichen Entleerung von ländlichen Räumen um, mit Blick auf die bleibenden Menschen und die frei werdenden Flächen? Wie mobilisieren wir die in der Digitalisierung steckenden Lösungspotenziale? Bei der Entwicklung nachhaltiger Innovationen als Antworten auf diese Fragestellungen können die Kommunen die Unterstützung von Stiftungen als Innovationsmotoren gut gebrauchen.“



Wie bauen wir Städte so, dass im demografischen Wandel alle – auch Ältere und Älteste – teilhaben können? Wie gehen wir mit den Auswirkungen der Entleerung von ländlichen Räumen um? Wie nutzen wir frei werdende Flächen? Wie gelingt uns die Mobilisierung der in der Digitalisierung liegenden Lösungspotenziale? Bei der Beantwortung dieser Fragen können Kommunen die Unterstützung von Stiftungen gut gebrauchen.

Hans-Josef Vogel, Stadt Arnsberg

Es wird deutlich: Stiftungen, die soziale Zwecke verfolgen – ihr Anteil liegt bei rund 50 Prozent³⁸ – sind in vielen Bereichen aktiv, deren Rahmenbedingen sich durch den demografischen Wandel grundlegend ändern, und sie tragen dazu bei, die Folgen des demografischen Wandels zu gestalten.

Dies gilt auch für die Integration von Zugewanderten. Einige wenige Stiftungen befassen sich seit den 1960er-Jahren mit dem Thema Zuwanderung, etwa die Otto Benecke Stiftung, die Projekte zur Integration von Migrantinnen und Migranten durchführt. Erst ab Mitte der 2000er-Jahre entdeckten weitere Stiftungen das Themenfeld für sich.³⁹

Auf Initiative der Stiftung Mercator und der Volkswagen-Stiftung und mit Beteiligung sechs weiterer Stiftungen – der Bertelsmann Stiftung, der Freudenberg Stiftung, der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Körber-Stiftung, der Vodafone Stiftung und der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius – wurde 2008 der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration gegründet. Sein Ziel ist die Politikberatung im Themenfeld Integration und Migration. Diese Allianz von Stiftungen stellte damals ein Novum in der deutschen Stiftungslandschaft dar und ist beispielgebend für gemeinsames Stiftungshandeln.

Aktuell rückt vor allem die Zuwanderung durch Geflüchtete in den Vordergrund. Immer mehr Stiftungen entdecken hier ein neues Betätigungsfeld bzw. bauen ihr Engagement aus. Dies zeigt die Übersicht von Flüchtlingsprojekten, die von Stiftungen durchgeführt oder gefördert werden, auf der Internetseite des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen.⁴⁰

Bildung

Das deutsche Bildungssystem ist sozial hoch selektiv. Dies stellt unabhängig vom demografischen Wandel eine Herausforderung dar. Allerdings verschärft der demografische Wandel diese Problemstellung und zwingt zusätzlich zu Lösungen. Denn viele zu niedrig qualifizierte Menschen kann sich eine alternde Industriegesellschaft wie Deutschland schlicht nicht mehr leisten.⁴¹ Auch die Bundesregierung betont in ihrer 2015 aktualisierten Demografiestrategie die zentrale Bedeutung der Bildung: „In einer kleiner werdenden Gesellschaft gilt es mehr denn je, jede Einzelne und jeden Einzelnen zu fördern.“⁴² Die Förderung von Bildung ist ein wesentlicher Baustein bei der Gestaltung des demografischen Wandels, ein Bereich, dem sich etwa 35 Prozent der rechtsfähigen deutschen Stiftungen widmen.⁴³ „Stiftungen haben keine besondere Affinität zum Thema soziale Ungleichheit, aber demografischer Wandel führt zu Verteilungskonflikten im Wohlfahrtsstaat und deshalb sollten Stiftungen sich auch diesem Thema widmen“, gibt Prof. Dr. Thomas Klie, Institutsleiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung, zu bedenken.



Stiftungen haben keine besondere Affinität zum Thema soziale Ungleichheit, aber demografischer Wandel führt zu Verteilungskonflikten im Wohlfahrtsstaat und deshalb sollten Stiftungen sich auch diesem Thema widmen.

Prof. Dr. Thomas Klie,
Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

Dr. Mark Speich, Geschäftsführer der Vodafone Stiftung Deutschland, sieht im Bildungsbereich drei zentrale Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels: „Erstens müssen wir nun erst recht die soziale Mobilität fördern, zweitens muss auch in schrumpfenden Regionen eine qualitativ hochwertige Bildung sichergestellt werden und drittens müssen wir das Weiterbildungssystem stärken. Weiterbildung wird aufgrund des technologischen Wandels im gesamten Berufsleben relevant.“

Geht es darum, mehr Menschen an Bildung teilhaben zu lassen, so spielt der Zugang zu Bildung eine entscheidende Rolle. Unabhängig von der sozialen Herkunft sollte es jedem möglich sein, auf Lernmaterialien zuzugreifen. Die Siemens Stiftung ermöglicht mit ihrem Medienportal jedem Internetnutzer, Materialien herunterzuladen, die als „Open Educational Resources“ (OER) eingestellt sind und verändert, weitergegeben und wieder veröffentlicht werden dürfen.

» *Im Bildungsbereich sehe ich drei zentrale Herausforderungen: Erstens müssen wir nun erst recht die soziale Mobilität fördern, zweitens muss auch in schrumpfenden Regionen eine hochwertige Bildung sichergestellt werden und drittens müssen wir aufgrund des technologischen Wandels das Weiterbildungssystem stärken.*

Dr. Mark Speich, Vodafone Stiftung Deutschland

Eine optimale Wirkung von Bildungsangeboten setzt die Kooperation von Bildungsakteuren gerade auf lokaler Ebene voraus. Das Netzwerk Stiftungen und Bildung im Bundesverband Deutscher Stiftungen vermittelt, wie solche Kooperationen gestaltet werden können, fördert Bildungsallianzen und unterstützt Stiftungen in ihrer Bildungsarbeit.

Wissenschaft und Forschung

Rund 25 Prozent aller Stiftungen haben die Förderung von Wissenschaft und Forschung als Zweck in ihrer Satzung verankert.⁴⁴ Eine von ihnen ist die VolkswagenStiftung, die im Rahmen ihrer Forschungsinitiative „Zukunftsfragen der Gesellschaft“ auch Grundlagenforschung zu individuellen und gesellschaftlichen Perspektiven des Alterns gefördert hat. Die Stiftungsförderung von Wissenschaft speziell zum demografischen Wandel ist aber nach wie vor eine Ausnahme. Anders formuliert: Hier gibt es noch viel Potenzial.

Auch in der Medizin und Gesundheitsprävention besteht Bedarf an zusätzlicher Forschung. Stiftungen sind hier ebenfalls bereits aktiv, könnten sich aber künftig noch umfangreicher einbringen. „Stiftungen könnten durch die Förderung entsprechender Forschung dazu beitragen, technische Lösungen im Pflegebereich zu entwickeln“, regt Pfarrer Martin von Essen, Stiftsvorsteher und Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Johannesstifts in Berlin, an. Er ist überzeugt: „Nur ein Bürger-Profi-Technik-Mix ist eine realistische Antwort auf den zunehmenden Pflegekräftemangel. Die professionellen Pflegekräfte werden dabei von Ehrenamtlichen unterstützt. Und Technik erleichtert die oft körperlich anstrengende und zugleich durch die Dokumentationspflicht sehr bürokratisierte Arbeit.“

» *Nur ein Bürger-Profi-Technik-Mix ist eine realistische Antwort auf den zunehmenden Pflegekräftemangel.*

Pfarrer Martin von Essen, Evangelisches Johannesstift

Insbesondere die Forschung an der Schnittstelle von Medizin und Technologie ist für eine alternde Gesellschaft zukunftsweisend. Diese fördert u.a. die Hans Sauer Stiftung, die im Rahmen ihrer „Erfinder:Werkstatt“ die Entwicklung zukunftsorientierter Lösungen für Umwelt und Gesundheit auf den Weg bringt – so z.B. ein Pilotprojekt, das mit Telemonitoring zu einer besseren Versorgung chronisch kranker, älterer Menschen in medizinisch unterversorgten Regionen beitragen soll.

Gesundheit

Die Gesundheit jedes Einzelnen gewinnt in einer Gesellschaft des längeren Lebens weiter an Bedeutung, denn viele Menschen haben in den gewonnenen Lebensjahren mit gesundheitlichen Einschränkungen zu kämpfen. Die Menschen sind im Alter häufiger mit chronischen Krankheiten und Mehrfacherkrankungen konfrontiert. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird von derzeit rund 2,7 Millionen auf rund 3,5 Millionen bis zum Jahr 2030 zunehmen.⁴⁵

Etwa 13 Prozent der Stiftungen sind im Gesundheitsbereich fördernd oder operativ tätig.⁴⁶ Diese Stiftungen sehen den demografischen Wandel als größte Herausforderung für das Gesundheitswesen. Vor allem die Altenpflege, die Versorgung älterer Menschen, die steigende Altersarmut sowie der Anstieg von Demenzerkrankungen werden als Problemfelder gesehen.⁴⁷

» *Unser Anspruch ist es, nicht nur als Dienstleister, sondern auch als Gestalter des Gemeinwesens tätig zu sein. Den demografischen Wandel haben wir früh erfasst und bereits darauf reagiert – in Bezug auf unser Personal und in den Handlungsfeldern der Stiftung.*

Dr. Berthold Broll, Stiftung Liebenau

Stiftungen, die ihre Zwecke durch von ihnen betriebene Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen verwirklichen, stehen durch die demografischen Entwicklungen vor großen Aufgaben. Dem Bundesverband Deutscher Stiftungen sind 859 Trägerstiftungen bekannt, die ein Krankenhaus oder eine Pflegeeinrichtung betreiben.⁴⁸

Anzunehmen ist, dass diese Stiftungen als erste den demografischen Wandel im eigenen Haus bemerkt und frühzeitig entsprechende Strategien im Umgang mit dem demografischen Wandel entwickelt haben – u. a. wegen der steigenden Anzahl Pflegebedürftiger.

„Der Anspruch unserer Stiftung ist, nicht nur als Dienstleister, sondern auch als Gestalter des Gemeinwesens tätig zu sein. Daher haben wir gesellschaftliche Entwicklungen stets im Blick. So haben wir den demografischen Wandel früh erfasst und bereits darauf reagiert – in Bezug auf unser eigenes Personal, aber auch in den Handlungsfeldern unserer Stiftung,“ berichtet etwa Dr. Berthold Broll, Vorstand der Stiftung Liebenau, einer großen Trägerstiftung in Baden-Württemberg. Die Stiftung Liebenau reagiert in vielfältiger Weise auf den demografischen Wandel: von generationsübergreifenden Quartiersprojekten wie „Lebensräume für Jung und Alt“ bis hin zum Zusammenschluss mit anderen Trägerstiftungen wie dem Evangelischen Johannesstift Berlin und weiteren Akteuren der Sozialwirtschaft im „Netzwerk: Soziales neu gestalten“ (SONG).



Ein gutes, gesundes Leben im höheren Lebensalter braucht nicht nur eine leistungsfähige kurative Medizin, sondern vor allem aktive Prävention. Hier sind Stiftungen gefragt: auf allen Ebenen, der Forschung, der Umsetzung und der Motivation.

Dr. Susanne Schultz-Hector,
Else Kröner-Fresenius-Stiftung

Dr. Susanne Schultz-Hector, Mitglied des Vorstands der Else Kröner-Fresenius-Stiftung betont die Bedeutung der Prävention als Betätigungsfeld für Stiftungen in einer älter werdenden Gesellschaft: „Ein gutes, gesundes Leben im höheren Lebensalter braucht nicht nur eine leistungsfähige kurative Medizin, sondern vor allem aktive Prävention. Diese wird aber heute nicht von Krankenkassen übernommen – die Kasse bezahlt erst dann, wenn der Mensch tatsächlich krank ist. Dementsprechend ist Prävention sowohl in der Klinik als auch in der medizinischen Forschung im Verhältnis zu ihrer Bedeutung stark unterrepräsentiert. Hier sind Stiftungen gefragt: auf allen Ebenen – der Forschung, der Umsetzung und der Motivation.“

Sport

Etwa 10 Prozent der Stiftungen haben Sport als Satzungszweck.⁴⁹ Auch für diese Stiftungen bringt der demografische Wandel veränderte Rahmenbedingungen mit sich. Den Sportvereinen, wichtigste Destinatäre sportfördernder Stiftungen, fehlt es an Nachwuchs. Gerade in Städten machen Fitnessstudios den Vereinen Konkurrenz. Im ländlichen Raum ist der Sportverein hingegen sehr wichtig als Integrationsfaktor, sozialer Nukleus und für die Gesundheitsförderung, dessen Bedeutung es zu stärken gilt. Neben der Stärkung von Vereinen können sportfördernde Stiftungen auch andere Zielgruppen in den Blick nehmen: Ältere stehen bisher wenig im Fokus.⁵⁰

Einige sportfördernde Stiftungen ermöglichen bereits generationenübergreifendes Sporttreiben, z.B. die Dietmar Hopp Stiftung, die in der Region Rhein-Neckar 18 generationenübergreifende Bewegungs- und Begegnungsräume schafft, die für alle Bürgerinnen und Bürger frei zugänglich sind.

„Dank niedrigschwelligen Zugangs kann Sport ein wichtiger Faktor im Zuge der Integration neuer Mitbürgerinnen und Mitbürger sein“, betont Dr. Sönke Burmeister, Geschäftsführer der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung. „Er kann aber ebenso gut ältere Menschen in unserer Mitte halten. Der soziale Aspekt des Sports und der Sportförderung auch außerhalb des organisierten Sports findet unter immer mehr Stiftungen Anklang.“ Burmeister ist überzeugt: „Die Unterstützung von Projekten und Strukturen im Themenfeld Sport und sozialer Arbeit und im nichtorganisierten Sport wird zunehmend interessanter.“



Der soziale Aspekt des Sports findet unter immer mehr Stiftungen Anklang. Die Unterstützung von Projekten und Strukturen im Themenfeld Sport und sozialer Arbeit und im nichtorganisierten Sport wird zunehmend interessanter.

Dr. Sönke Burmeister,
Niedersächsische Lotto-Sport-Stiftung

Bürgerschaftliches Engagement ist eine zentrale Säule des Breitensports. Auch Sportvereine müssen sich darauf einstellen, dass sich die Altersstruktur der Engagierten verändert und bürgerschaftliches Engagement heute zum Teil anders ausgeübt wird. Sportfördernde Stiftungen könnten Vereine dabei unterstützen, auf die neuen Rahmenbedingungen zu reagieren.

Kunst und Kultur

Im Bereich Kunst und Kultur sind gut 30 Prozent der rechtsfähigen Stiftungen tätig.⁵¹ „Kultur für alle“ war schon vor Jahrzehnten das Credo des Kulturpolitikers Hilmar Hoffmann, das die Kulturpolitik wesentlich geprägt hat. Kulturelle Teilhabe ist insofern kein neues Thema. Es stellt sich aber im demografischen Wandel teilweise anders dar, vor allem wegen der „bunteren“ Zusammensetzung der Gesellschaft und wegen des höheren Anteils Älterer und sehr alter Menschen. Für Museen, Theater, Opern- und Konzerthäuser besteht die demografische Herausforderung darin, die Angebote so zu gestalten, dass (weiterhin) möglichst alle Kunst- und Kulturinteressierten teilnehmen können und wollen – und, dass auch neues Publikum für die Kultureinrichtungen gewonnen wird (Audience Development). Daher geht es u.a. um Fragen der Barrierefreiheit (z.B. Museumsbesuch mit Rollator oder Theaterbesuch mit Hörgerät), um Fragen der sprachlichen Vielfalt (z.B. Ausstellungstexte in verschiedenen Sprachen) oder um Fragen des Angebots selbst (z.B. spricht es auch ein jüngeres Publikum an).

Die Kunsthalle Emden, die von der Stiftung Henri und Eske Nannen und Schenkung Otto van de Loo getragen wird, beschäftigt das Thema demografischer Wandel schon seit Jahren, da ältere Museumsbesucherinnen und -besucher einen wichtigen Teil des Publikums darstellen. Bei den letzten Baumaßnahmen schaltete die Stiftung eine „Agentur für demografiefestes Design“ ein und setzte 2007 ihre Empfehlungen bei der Gestaltung vor allem der Servicebereiche Foyer, Sanitärräume, Garderobe, Kasse und Shop um. Eske Nannen, Geschäftsführerin der Kunsthalle Emden, sieht für die Zukunft noch weiteren Modernisierungsbedarf: „Grundsätzlich ist der demografische Wandel und die damit einhergehende Aufsplittung der Zielgruppen vor allem für die Inhalte und Themen der Ausstellungen eine große und interessante Herausforderung, mit der sich selbstverständlich auch die Kunsthalle Emden beschäftigen muss. Ich vertraue dabei sehr auf die Erfahrung und Kreativität unseres Teams.“

 *Der demografische Wandel und die damit einhergehende Aufsplittung der Zielgruppen ist vor allem für die Inhalte und Themen der Ausstellungen eine große und interessante Herausforderung.*

Eske Nannen, Kunsthalle Emden, Stiftung Henri und Eske Nannen und Schenkung Otto van de Loo

Darüber hinaus ist es eine wichtige Frage, wie kulturelle Angebote außerhalb der großen Städte und Ballungsgebiete aufrechterhalten bzw. überhaupt ermöglicht werden können. Schließlich geht es auch darum, Interesse an Kunst und Kultur zu wecken und die kulturelle Bildung zu fördern. Dies erfolgt häufig im Zusammenhang mit Bildungsangeboten. Hier ist u.a. die JeKits-Stiftung aktiv, die das musikpädagogische Programm „Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ für Grundschulen im Ruhrgebiet anbietet.

Umweltschutz

Eine Auswirkung des demografischen Wandels ist, dass in vielen Städten und Dörfern die Bevölkerungszahl sinkt. Dadurch können wieder Freiräume für die Natur entstehen. Die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands führen jedoch auch dazu, dass große Städte und Ballungsgebiete weiter wachsen, sodass u.a. immer mehr Flächen für Siedlung und Verkehr genutzt werden. Wachsende Regionen stehen somit vor der großen Aufgabe, den Naturschutz nicht zu vernachlässigen.

Etwa 13 Prozent der Stiftungen in Deutschland fördern laut Satzung den Umweltschutz.⁵² Die Befragung des StiftungsPanels ergab, dass die Stiftungen, die sich mit Naturschutz befassen, selten den demografischen Wandel explizit auf ihrer Agenda haben (8,3 Prozent).⁵³ Der demografische Wandel führt jedoch zu Herausforderungen und Chancen für den Naturschutz, zu dessen Bewältigung und Nutzung die Stiftungen beitragen (können), die im Umweltbereich aktiv sind. „Aufgrund des demografischen Wandels ziehen mehr Menschen in die Städte“, erklärt Dr. Ansgar Vössing, Vorstand der Nationalparkstiftung Unteres Odertal. „Es gibt viel Platz für die Natur und die Wildnis, sofern Grund und Boden im Eigentum von naturschutzorientierten Institutionen wie der Nationalparkstiftung sind. Das ist eine Chance. Gleichzeitig fehlen wegen des Wegzugs in den ländlichen Regionen die bürgerschaftlich Engagierten, die für den Naturschutz so wichtig sind. Den Wenigen, die bleiben, müssen wir etwas bieten.“



Durch den Wegzug aus ländlichen Regionen entsteht viel Platz für Natur und Wildnis.

Gleichzeitig fehlen die bürgerschaftlich Engagierten, die für den Naturschutz so wichtig sind. Denen, die bleiben, müssen wir etwas bieten.

Dr. Ansgar Vössing,
Nationalparkstiftung Unteres Odertal

Dr. Reiner Klingholz verweist in Kapitel 1 auf eine weitere Chance für Umweltstiftungen: Die Wirtschaft einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft wachse nicht im gleichen Maße wie in einer Gesellschaft, die sich im zahlenmäßigen Wachstum befindet. Daher müssten wir uns von den „liebgewonnenen Wachstums-erwartungen der Vergangenheit verabschieden“. Gesellschaftsmodelle, die auf Nachhaltigkeit beruhen, würden somit immer wichtiger, auch vor dem Hintergrund des globalen demografischen Wandels: Auf globaler Ebene werde die Entwicklung auf absehbare Zeit weiterhin von Weltbevölkerungswachstum geprägt sein. Ein effektiver und effizienter Einsatz der Ressourcen sei unablässig.

Diese Auswirkungen der demografischen Entwicklung können Stiftungen nutzen, um der schon lang eingeforderten Nachhaltigkeit im Umgang mit den natürlichen Ressourcen mehr Nachdruck zu verleihen und damit zugleich dem Naturschutz zu dienen.

Bürgerschaftliches Engagement

Trotz des regional begrenzten Umstands, dass in schrumpfenden Gebieten weniger Menschen leben, die sich bürgerschaftlich engagieren können, führt der demografische Wandel auch dazu, dass mehr Potenzial für bürgerschaftliches Engagement entsteht. Denn nie zuvor gab es so viele leistungsfähige Ältere, die nach der Berufstätigkeit einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen und ihre Erfahrungen und ihr Wissen einbringen wollen. „Dass wir älter werden, ist eine Herausforderung, aber in erster Linie eine zivilisatorische Errungenschaft, die wir gestalten können“, führt Anja Paehlke, Mitglied des Vorstands der Körber-Stiftung, vor Augen. „Entscheidend ist dabei, welche Bilder vom Alter in unserer Gesellschaft verankert sind. Oft fehlt es bisher an Vorbildern und Modellen, wie Ältere an der Gesellschaft teilhaben und sie mitgestalten können. Dabei brauchen wir die Potenziale älterer Menschen und viele Ältere wollen auch partizipieren.“

Auch in der aktuellen Engagementstrategie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wird betont, dass der demografische Wandel vielfältige Auswirkungen auf das bürgerschaftliche Engagement hat: „Die Zunahme älterer Menschen führt zu einer zunehmenden Anzahl engagierungsbereiter Bürgerinnen und Bürger. Hier bedarf es Infrastrukturen, die das Engagement ermöglichen. Zugleich steigt die Zahl älterer Menschen, die Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement in ihrem Alltag wertschätzen.“⁵⁴



Dass wir älter werden, ist eine Herausforderung, aber in erster Linie eine zivilisatorische

Errungenschaft, die wir gestalten können. Dabei brauchen wir die Potenziale älterer Menschen.

Anja Paehlke, Körber-Stiftung

Aktuell zeigt sich die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement bei der Integration von Zugewanderten, insbesondere von Geflüchteten. Die Stiftungen, die bürgerschaftliches Engagement fördern, tragen konkret zur Gestaltung einer Gesellschaft im Wandel bei. Bürgerschaftliches Engagement ist zwar erst seit 2007 als gemeinnütziger Stiftungszweck anerkannt, für viele jedoch seit jeher ein zentrales Betätigungsfeld. Die Kurzstudie „Engagementförderung durch Stiftungen in Deutschland“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und der Körber-Stiftung porträtiert einige der Engagement fördernden Stiftungen.⁵⁵

Zwischenfazit

Festgehalten werden kann: Viele Stiftungen beschäftigen sich bereits mit Themen, die mit dem demografischen Wandel zusammenhängen, ihnen ist es vermutlich nur nicht immer bewusst. Es ist jedoch wichtig, die eigenen Themen im Kontext des demografischen Wandels zu sehen, denn wer den Zusammenhang erkennt, kann adäquat agieren. Außerdem entstehen durch den demografischen Wandel Handlungsfelder, in die sich Stiftungen noch stärker als bisher einbringen könnten. „Die Gesellschaft verändert sich grundlegend durch die demografischen Entwicklungen. Das führt auch zu entsprechenden Veränderungen der Rahmenbedingungen vieler Bereiche, in denen Stiftungen aktiv sind“, gibt Ministerialrätin Dr. Marie-Luise Streeck, Referatsleiterin

GZ 7, Demografie, Bundesministerium des Innern, zu bedenken. „Für alle, die im Großen oder Kleinen etwas in unserer Gesellschaft bewirken wollen, ist es daher wichtig, ein Bewusstsein für den demografischen Wandel zu haben und ihr Handeln entsprechend anzupassen.“

» *Für alle, die im Großen und Kleinen etwas in unserer Gesellschaft bewirken wollen, ist es wichtig, ein Bewusstsein für den demografischen Wandel zu haben und ihr Handeln entsprechend anzupassen.*

Ministerialrätin Dr. Marie-Luise Streeck,
Bundesministerium des Innern

3 Demografischer Wandel – alle Stiftungen werden gebraucht!

Der Umgang mit dem demografischen Wandel ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nicht nur Politik, Verwaltung und Wirtschaft sind gefordert, sondern gerade auch die aktive Bürgerschaft.

Die Effekte des demografischen Wandels – von der Entwicklung der Bevölkerungszahlen über die Veränderung der Altersstruktur bis hin zu Wanderungsbewegungen – überlagern sich und bedingen vor Ort eine hoch komplexe Dynamik. Die Herausforderung, die durch den demografischen Wandel entsteht, liegt daher nicht im Wandel an sich, sondern in der Dynamik der gesellschaftlichen Veränderung und in der damit verbundenen Verunsicherung. Die Schnelligkeit des Wandels überfordert oftmals die Anpassungsfähigkeit des Staates, der außer für das akute Management von Krisenbewältigung nicht darauf ausgerichtet ist, äußerst kurzfristig zu handeln.

Stiftungen als Impulsgeber

Hier eröffnet sich eine Chance für Stiftungen: Sie können im Gegensatz zu staatlichen Akteuren häufig schneller und flexibler reagieren. Jedoch tun sie dies möglicherweise noch nicht ausreichend. Prof. Dr. Thomas Klie, Institutsleiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung, rät: „Stiftungen sollten nicht meinen, sie könnten Staatsfunktionen ersetzen. Sie können jedoch identitätsstiftende Kulturträger für eine Stadtgesellschaft, für eine Bürgergesellschaft sein.“

» *Stiftungen sollten nicht meinen, sie könnten Staatsfunktionen ersetzen. Sie können jedoch identitätsstiftende Kulturträger für eine Bürgergesellschaft sein.*

Prof. Dr. Thomas Klie,
Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung

Stiftungen haben den demografischen Wandel als Themenfeld aufgegriffen und damit dazu beigetragen, dass eine öffentliche Debatte darüber geführt wird, und dies über einen längeren Zeitraum hinweg. Hans-Josef Vogel, Bürgermeister der Stadt Arnsberg, hat einen konkreten Wunsch an Stiftungen: „Wir brauchten neue Bilder vom Alter, um die Potenziale des Alterns zu erkennen. Dazu haben Stiftungen erheblich beigetragen. Analog dazu brauchen wir nun neue Bilder für die Verankerung global werdender Gesellschaften und das damit verbundene Management von Vielfalt und Widersprüchen in der Stadt, um zu erkennen, wie eine Stadtentwicklung der Zukunft aussehen kann. Hierbei zu helfen, ist eine lohnenswerte Aufgabe für Stiftungen, die Debatten anstoßen und voranbringen wollen.“

» *Wir brauchen neue Bilder für das Zusammenleben für örtlich zu verankernde globale Gesellschaften, um zu erkennen, wie eine Stadtentwicklung der Zukunft aussehen kann. Hierbei zu helfen, ist eine lohnenswerte Aufgabe für Stiftungen.*

Hans-Josef Vogel, Stadt Arnsberg

Stiftungen werden häufig als unabhängig wahrgenommen und können auf „neutralem Boden“ den Austausch unterschiedlicher Akteure ermöglichen oder moderieren. „Sie sind besonders gut darin, unterschiedliche Menschen zusammenzubringen und somit Austausch und Vernetzung zu ermöglichen, weil sie als zivilgesellschaftliche Akteure ein gewisses Vertrauen genießen“, unterstreicht Julie Boekhoff, wissenschaftliche Referentin des Vorstands in der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. „Eine Voraussetzung dafür ist die eigene Transparenz. Es muss einsehbar sein, wer die Stiftung gegründet hat, wer die Entscheidungen in einer Stiftung verantwortet und welchem Leitbild die Stiftung verpflichtet ist.“



Stiftungen sind besonders gut darin, unterschiedliche Menschen zusammenzubringen, weil sie als zivilgesellschaftliche Akteure Vertrauen genießen. Eine Voraussetzung dafür ist ihre Transparenz.

Julie Boekhoff, ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Auch die Förderung von Forschung und das Einbringen konkreter Ideen und Lösungsvorschläge, häufig in Form von Projekten, sind wichtige Beiträge von Stiftungen für den gesellschaftlichen Umgang mit dem demografischen Wandel. „Stiftungen können sich freier bewegen als viele an Institutionen gebundene Akteure. Sie sind damit ideale Moderatoren für anspruchsvolle Prozesse in kooperativen Vorhaben“, so die Erfahrung von Sabine Süß, Leiterin der Koordinierungsstelle Netzwerk Stiftungen und Bildung im Bundesverband Deutscher Stiftungen. Darüber hinaus haben einige Stiftungen aufgrund ihrer finanziellen Ausstattung die Möglichkeit, Zivilgesellschaft (mit) zu finanzieren, indem sie andere zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen durch finanzielle Förderung in ihrer Arbeit unterstützen.



Stiftungen können sich freier bewegen als viele an Institutionen gebundene Akteure. Sie sind damit ideale Moderatoren für anspruchsvolle Prozesse in kooperativen Vorhaben.

Sabine Süß, Netzwerk Stiftungen und Bildung im Bundesverband Deutscher Stiftungen

Die Vielfalt in Kooperationen nutzen

Die Ergebnisse der StiftungsPanel-Befragung bestätigen, dass Stiftungen unterschiedliche Fähigkeiten haben und damit verschiedene Beiträge leisten können.

Die befragten Stiftungen beschreiben ihre Arbeit unterschiedlich, je nachdem, ob die Stiftung ihre Satzungszwecke nur fördernd, nur operativ oder fördernd und operativ verwirklicht (siehe Abb. 2, S. 37). Ein deutlicher Unterschied zeigt sich zwischen den rein fördernd und rein operativ tätigen Stiftungen in den Antwortkategorien „Unterstützung für Menschen in schwierigen Lebenslagen“ und „Zivilgesellschaft (mit)finanzieren“. Nur diese Antworten wählten rein fördernd tätige Stiftungen sehr viel häufiger als rein operativ tätige Stiftungen.

Etwas über die Hälfte der befragten Stiftungen beschreibt ihre Arbeit mit der Kategorie „Ideen aufzeigen und Lösungen für Probleme erproben“. Fast ebenso viele nennen „Kooperationen eingehen und langfristig etablieren“. Dieser hohe Anteil ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass Stiftungen bereits bewusst ist, dass auf die umfassenden Veränderungen durch den demografischen Wandel am besten durch Kooperationen mit anderen Akteuren reagiert werden kann.

Um die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen und den Herausforderungen bestmöglich zu begegnen, werden alle Stiftungen in ihrer Vielfalt, mit ihren verschiedenen Fähigkeiten und vor allem im Zusammenwirken gebraucht. Denn komplexe Herausforderungen können nicht durch viele Einzelkämpfer bewältigt werden.

Lokal Wirkung entfalten

Stiftungen sind lokal oft gut vernetzt. Stiftungshandeln selbst findet größtenteils in der Kommune oder der Region statt, in der die Stiftung ansässig ist.⁵⁶ Insofern können Stiftungen eine wichtige Rolle beim Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels übernehmen, da die Auswirkungen sich zuallererst lokal zeigen und ihnen ohne lokales bürgerschaftliches Engagement nicht angemessen begegnet werden kann. Dagmar Vogt-Janssen, die in der Landeshauptstadt Hannover im Fachbereich Senioren den Kommunalen Seniorenservice leitet, ist überzeugt: „Für die kommunale Arbeit sind gerade die Stiftungen von Bedeutung, die sich dem Ort und der Region verbunden fühlen – und zwar deshalb, weil sie erstens die lokalen Problemlagen kennen, zweitens schneller reagieren können und drittens, weil diese Stiftungen ein Interesse daran haben, vor Ort etwas zu bewegen.“

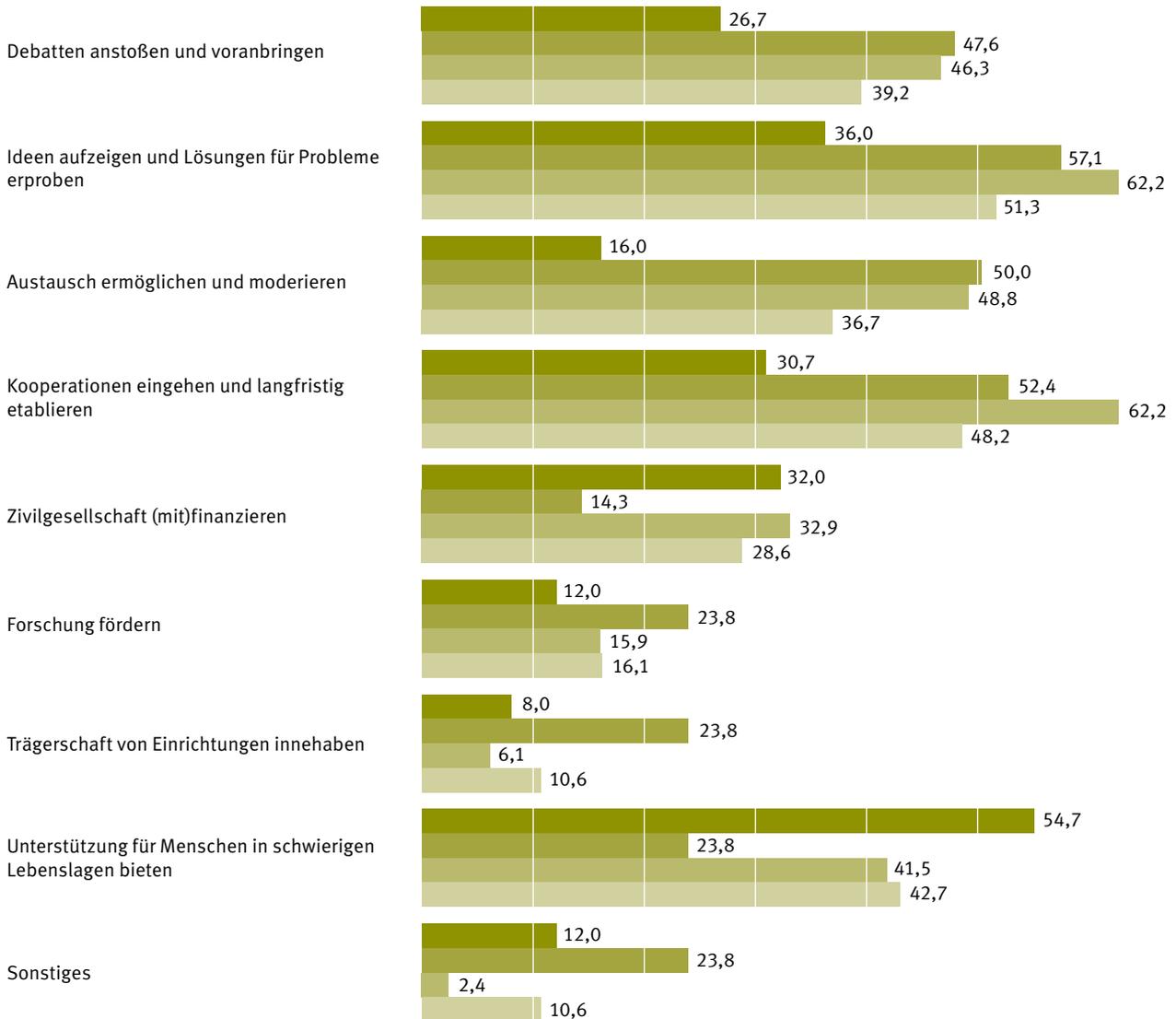


Für die kommunale Arbeit sind gerade die Stiftungen von Bedeutung, die sich dem Ort und der Region verbunden fühlen. Sie kennen die lokalen Problemlagen, können schnell reagieren und haben ein Interesse daran, vor Ort etwas zu bewegen.

Dagmar Vogt-Janssen, Stadt Hannover

Abb. 2: So beschreiben Stiftungen ihre Arbeit zum demografischen Wandel (in Prozent)

„Wie würden Sie die Arbeit Ihrer Stiftung innerhalb der soeben angekreuzten Themenbereiche [die alle in einem Zusammenhang mit dem demografischen Wandel stehen, siehe S. 29] beschreiben?“



Diese Frage wurde nur den Stiftungen gestellt, die sich mit mindestens einem Thema, das in Bezug zum demografischen Wandel steht, befassen (Frage siehe Abb. 1, S. 29). StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, Mehrfachnennungen möglich.

■ Nur fördernd (n=75)
■ Nur operativ (n=42)
■ Operativ und fördernd (n=82)
■ Gesamt (n=199)

Bürgerstiftungen kommt wegen ihrer politischen, religiösen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit eine besondere Rolle bei der Kooperation und Koordination der gemeinsamen und kontinuierlichen Arbeit aller relevanten Akteure in der Kommune zu. Aufgrund der Vielfalt an Stifterinnen und Stiftern genießen Bürgerstiftungen

einen großen Rückhalt in der Gesellschaft und verfügen über viele potenziell Mitwirkende an einem Veränderungsprozess. Gleichzeitig ist es ihnen aufgrund der Zweckvielfalt möglich, an vielen Themen zu arbeiten, was bei dem multidimensionalen Aufgabenbereich demografischer Wandel besonders von Vorteil ist.



Das Engagement aller Stiftungen wird gebraucht

Stiftungen sind in ihren Fähigkeiten sehr heterogen. In dieser Heterogenität liegt das besondere Potenzial der Stiftungen. Um die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen und den Herausforderungen bestmöglich zu begegnen, werden alle Stiftungen in ihrer Vielfalt gebraucht, denn sie ergänzen sich und können gemeinsam eine umfassende Wirkung entfalten.



Das bestätigt Ulrike Reichart, Leiterin des Bereichs Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen: „Bürgerstiftungen sind in der Lage, mit den entsprechenden Partnern die gesamte Veränderungskultur in einer Stadt oder Kommune in den Blick zu nehmen. Sie verfügen teilweise über ganz spezifische Methodenkompetenzen, wie z.B. die Bürgerstiftung Stuttgart mit ihren Runden Tischen, die sie nutzen können, um Veränderungsprozesse zu initiieren und zu begleiten.“

 *Bürgerstiftungen sind in der Lage, gemeinsam mit Partnern die gesamte Veränderungskultur in einer Stadt oder Kommune in den Blick zu nehmen. Manche von ihnen verfügen über ganz spezifische Methodenkompetenzen, um Veränderungsprozesse zu initiieren und zu begleiten.*

Ulrike Reichart,
Bundesverband Deutscher Stiftungen

Die Befragungsergebnisse des StiftungsPanels deuten darauf hin, dass sich die Bürgerstiftungen ihrer wichtigen Rolle bei der Gestaltung des demografischen Wandels bewusst sind. Der demografische Wandel steht häufiger explizit auf ihrer Agenda als generell unter den Stiftungen: Knapp ein Viertel (23,4 Prozent) der befragten Bürgerstiftungen engagiert sich ausdrücklich im Kontext des demografischen Wandels⁵⁷, unter allen befragten Stiftungen sind es 16,3 Prozent.

Ein deutlicher Unterschied zur Gesamtheit der Befragten liegt bei zwei Themen: 75 Prozent der Bürgerstiftungen befassen sich mit bürgerschaftlichem Engagement gegenüber 40,4 Prozent bei allen Stiftungen. Außerdem unterstützen 38,6 Prozent soziale und kulturelle Angebote in Städten (alle Stiftungen: 27,3 Prozent, siehe Abb. 1, S. 29).

4 Auswirkungen auf Stiftungen und das Stiften

Der demografische Wandel zeigt sich nicht nur in den Stiftungsaktivitäten, sondern hat auch Auswirkungen auf Stiftungen selbst und auf das Stiften im Allgemeinen. Hierbei ergeben sich sowohl Herausforderungen als auch Chancen.

Eine knappe Mehrheit der im StiftungsPanel befragten Stiftungen nimmt Auswirkungen des demografischen Wandels auf die eigene Stiftung wahr (55,4 Prozent)⁵⁸, Bürgerstiftungen sogar etwas häufiger (61,7 Prozent)⁵⁹. Unter den Stiftungen, die ausdrücklich zum demografischen Wandel arbeiten, bemerkt die überwiegende Mehrheit Auswirkungen auf die eigene Stiftung (84,6 Prozent).⁶⁰ Von denjenigen Stiftungen, die nicht explizit zum demografischen Wandel arbeiten, sind es 50,0 Prozent.⁶¹

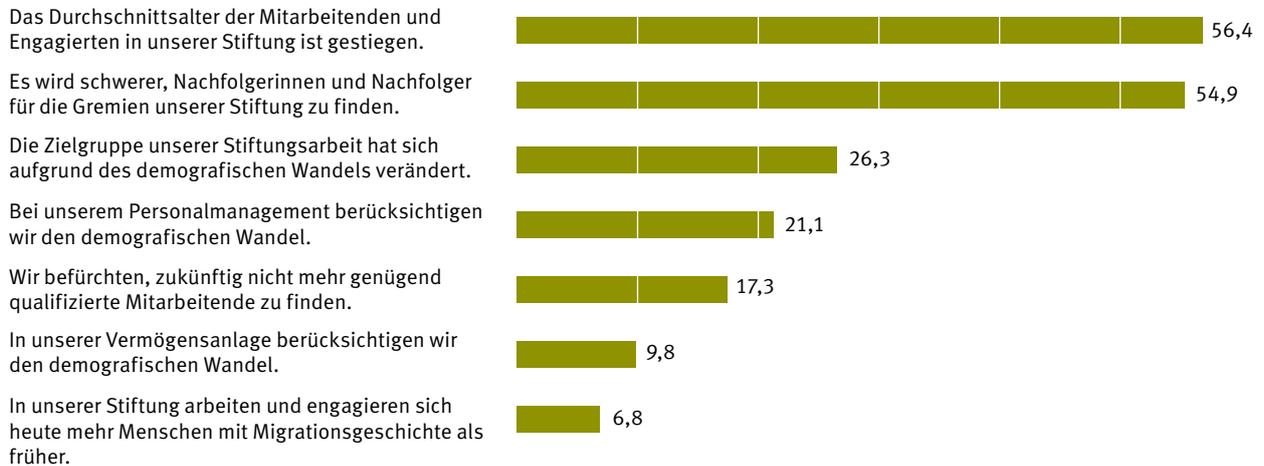
Insgesamt betrachtet registrieren rein operativ tätige Stiftungen deutlich häufiger Auswirkungen des demografischen Wandels auf die eigene Stiftung (76,6 Prozent)⁶² als rein fördernd tätige Stiftungen (46,9 Prozent)⁶³ und auch als Stiftungen, die sowohl fördernd als auch operativ tätig sind (54,3 Prozent)⁶⁴. Dies kann damit zusammenhängen, dass operativ tätige Stiftungen häufig über mehr Personal verfügen und die Veränderungen aufgrund des demografischen Wandels deutlicher am steigenden Altersdurchschnitt erkennen.

Herausforderungen

„Wir nehmen im Bereich der Altenpflege schon länger einen Fachkräftemangel wahr“, berichtet etwa Pfarrer Martin von Essen, Stiftsvorsteher und Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Johannesstifts. „Darauf mussten wir bereits reagieren. Durch eine flexible Gestaltung von Arbeitsplätzen, Arbeitszeiten und Arbeitsformen können wir sowohl altersgerechte Anstellungen bieten als auch die Vereinbarkeit von Familie, Pflege von Angehörigen und Beruf ermöglichen.“ Mag dies für viele Trägerstiftungen gelten, befürchten insgesamt zurzeit eher wenige Stiftungen, die eine Auswirkung des demografischen Wandels auf die eigene Organisation wahrnehmen, einen Fachkräftemangel (17,3 Prozent, siehe Abb. 3, S. 40).

Abb. 3: Auswirkungen des demografischen Wandels auf Stiftungen (in Prozent)

„Der demografische Wandel kann sich auch auf Stiftungen selbst auswirken. Welche der folgenden Aussagen trifft auf Ihre Stiftung zu?“



Berücksichtigt wurden die Stiftungen, die eine Auswirkung auf die eigene Stiftung wahrnehmen. StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, Mehrfachnennungen möglich, n = 133.

» *Durch eine flexible Gestaltung von Arbeitsplätzen, Arbeitszeiten und Arbeitsformen können wir sowohl altersgerechte Anstellungen bieten als auch die Vereinbarkeit von Familie, Pflege von Angehörigen und Beruf ermöglichen.*

Pfarrer Martin von Essen, Evangelisches Johannesstift

Hingegen beobachtet mehr als die Hälfte der Befragten, dass das Durchschnittsalter der Mitarbeitenden und Engagierten steigt (56,4 Prozent). Ein steigendes Durchschnittsalter der Engagierten wird auch im Freiwilligen-Survey festgestellt⁶⁵ – der generelle gesellschaftliche Trend schlägt sich also auch in Stiftungen nieder.

Auf die offene Frage nach den zentralen Herausforderungen für Stiftungen aufgrund des demografischen Wandels haben viele Stiftungen geantwortet: „Ehrenamtliche für die Stiftungsarbeit zu gewinnen“ und „die Nachfolge in den Gremien der Stiftung zu sichern“. Einige Stiftungen betonen, dass es wichtig sei, junge Menschen vermehrt anzusprechen und in die Stiftungstätigkeit einzubeziehen. Damit möchten sie den Stiftunggedanken auch unter den Jüngeren bekannter machen.⁶⁶

Mehr als die Hälfte der Stiftungen, die eine Auswirkung wahrnimmt, gibt an, dass es schwerer wird, Nachfolgerinnen und Nachfolger für die Gremien zu finden (54,9 Prozent). Dies bestätigen auch die Ergebnisse des aktuellen Stiftungsfokus zur Nachfolge im Stiftungsvorstand: Die hierfür befragten Stiftungen benennen Schwierigkeiten bei der Nachfolgesuche.⁶⁷

Chancen

Nur wenige Stiftungen geben an, dass heute mehr Menschen mit Migrationsgeschichte als früher in der Stiftung arbeiten und sich engagieren (6,8 Prozent). Hier sieht Ottilie Bälz, Leiterin des Themenbereichs Gesellschaft in der Robert Bosch Stiftung, Verbesserungspotenzial: „Was wir von der Gesellschaft erwarten, muss natürlich auch für Stiftungen gelten: Wir sollten die gesellschaftliche Vielfalt im eigenen Haus abbilden und attraktiver z.B. für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte werden. Und wir müssen Konzepte entwickeln, wie wir an demografische Veränderungen angepasste Karrierewege für Stiftungsmitarbeiter gestalten wollen.“

» *Was wir von der Gesellschaft erwarten, muss auch für Stiftungen gelten: Wir sollten die gesellschaftliche Vielfalt im eigenen Haus abbilden und attraktiver für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte werden.*

Ottilie Bälz, Robert Bosch Stiftung

Der demografische Wandel wird sich positiv auf das Stiftungswesen auswirken, wenn es gelingt, die Potenziale zu nutzen. Viele Menschen stiften, weil sie keine Erben haben⁶⁸, und immer mehr Menschen haben keine oder weniger Kinder. Die Chancen für ein Wachstum des Stiftungssektors stehen auch darum gut. Zudem leben die Menschen länger, sind länger vital als früher und engagieren sich bis ins hohe Alter.

Das sind gute Aussichten für bürgerschaftliches Engagement auch in Stiftungen. Schließlich werden die Menschen in Deutschland aufgrund der demografischen Entwicklung in absehbarer Zeit mehr erben. Nicht nur steigt das Erbschaftsvolumen an – es verteilt sich in der Erbfolge auch auf weniger Nachkommen. „Der Stiftungssektor könnte davon profitieren, wenn mehr Erben

stiften würden. Aber allein wegen einer Erbschaft stiften bisher nur wenige Menschen [...]. Die meisten Stiftenden haben ihr Geld selbst verdient. Erben zum Stiften zu motivieren, ist darum eine besonders wichtige Aufgabe der Zukunft“, so ein Ergebnis der Stifterstudie des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen.⁶⁹

Gut die Hälfte der Vermögen, aus denen Stiftungen errichtet wurden, stammt aus unternehmerischer Tätigkeit (54,2 Prozent).⁷⁰ Unter den Unternehmern nimmt die Zahl der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu: Jeder sechste Unternehmer in Deutschland hat mittlerweile ausländische Wurzeln – meist in Polen oder in der Türkei.⁷¹ Stiftungen werden in Deutschland bisher jedoch eher selten von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte errichtet, so die Erfahrungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist allein in den letzten vier Jahren um mehr als 10 Prozent gestiegen und wird sich mittelfristig weiter erhöhen.⁷² Wenn also der Stiftungssektor weiterhin stetig wachsen soll, muss auch der Anteil der Stiftenden mit Zuwanderungsgeschichte steigen. Ob diese Bevölkerungsgruppe zum Stiften aktiviert werden kann, hängt vor allem von der Bereitschaft der Stiftungsgemeinschaft ab, sich neuen Impulsen und Akteuren zu öffnen – auch interkulturell.



Gemeinsam koordiniert handeln

Der demografische Wandel ist ein multidimensionaler Prozess. Um darauf adäquat zu reagieren, ist ein aufeinander abgestimmtes Handeln notwendig – unter Stiftungen und auch zusammen mit anderen gesellschaftlichen Akteuren. Hierfür braucht es den Austausch untereinander sowie gemeinsame Ziele und Absprachen.

3

Empfehlungen für Stiftungshandeln im demografischen Wandel

Die demografische Entwicklung geht jeden an – auch Stiftungen. Die Herausforderungen sind vielschichtig, einfache Antworten helfen hier nicht weiter. Stiftungen sind gefordert zu handeln – einzeln, zusammen mit anderen Akteuren und als Stiftungsgemeinschaft. Dadurch kann auch von Stiftungen ein Signal an die Gesellschaft ausgehen. Die Handlungsempfehlungen bieten hierfür Impulse.

1

Bestands- und Satzungscheck vornehmen

Jede Stiftung sollte sich fragen, ob ihre Arbeit bisher ausreichend auf die massiven Herausforderungen des demografischen Wandels ausgerichtet ist.

Viele Stiftungen sind bereits in Bereichen aktiv, in denen sich der demografische Wandel deutlich zeigt. Für eine Bestandsaufnahme ist es sinnvoll zu identifizieren, an welchen Schnittstellen eine Stiftung bereits mit demografierelevanten Themen befasst ist, was der demografische Wandel für die bestehenden Förderbereiche und Zielgruppen bedeutet und ob die Stiftungstätigkeit angepasst werden kann und sollte, um den demografischen Veränderungen Rechnung zu tragen.

Häufig bietet die Stiftungssatzung Spielräume für neue Schwerpunktsetzungen, sei es bezogen auf Förderbereiche, Zielgruppen oder Regionen. Wo bietet Ihre Satzung solche Spielräume?

2

Die eigenen Themen und Handlungsfelder auf demografische Relevanz prüfen

Der demografische Wandel ist ein Querschnittsthema, das viele Lebensbereiche berührt. Relevant sind nicht nur Themen und Handlungsfelder, die auf den ersten Blick schon als solche zu erkennen sind, z.B. Alter, Zuwanderung und Integration. Auch Quartiersentwicklung, Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, Kinderbeteiligung und kulturelle Infrastruktur sind mögliche Demografiethemen für Stiftungen. Wer scheinbar „unbeteiligte“ Stiftungsschwerpunkte hat, sollte prüfen, wo auch Handlungsfelder wie Umwelt, Sport, Entwicklungshilfe, Kunst und Kultur vom demografischen Wandel beeinflusst werden. Wo bieten sich Möglichkeiten in Ihrer Stiftung?

3

Kooperationen und gemeinsames, nachhaltiges Wirken vorantreiben

Der demografische Wandel ist multidimensional und braucht das Handeln aller Akteure. Kooperationen zwischen Stiftungen, aber auch mit anderen Sektoren sind ungemein sinnvoll.

Stiftungen sollten ihr Handeln untereinander und mit anderen Akteuren so abstimmen, dass sie in Kooperationsketten denken, in denen jeder Akteur seine Kernkompetenzen einbringt, um für das Gesamtergebnis gemeinsam eine hohe Wirksamkeit zu erreichen. Wichtig ist, dass jedem Akteur bewusst ist, wo seine Kernkompetenzen liegen, an welcher Stelle sein Beitrag steht, wie er geleistet wird und wie er mit den Beiträgen der anderen Akteure verknüpft ist.

Stiftungen sollten identifizieren, wo ihre spezifischen Fähigkeiten liegen, wie sie diese in Kooperationsprozesse einbringen können und wo sich Schnittstellen zu den Kompetenzen anderer Akteure schaffen lassen.

Große Stiftungen können in die Konzeption und das Anschließen von Kooperationsketten und in intelligente, selbstlernende Netzwerke investieren. Auch kleinere Stiftungen können sich in solche Kooperationsketten einbringen. Wichtig ist allerdings, dass Stiftungen nicht unter sich bleiben, sondern auch Kommunen, Länder, Bund, zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen einbinden. Gemeinsam lässt sich mehr bewirken als in Einzelprojekten! Sind Sie in Netzwerke aktiv eingebunden?

4

Lokal agieren und fokussieren

Die Ausprägungen des demografischen Wandels zeigen sich von Region zu Region unterschiedlich. Viele Stiftungen sind lokal und regional tätig und können in ihrem jeweiligen Umfeld entsprechende Akzente setzen. Regionen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind, z. B. ländliche Regionen in Ostdeutschland, sollten stärker in den Blick genommen werden. Wie lokal agiert Ihre Stiftung?

5

Förderpraxis überdenken

Demografische Entwicklungen sind langfristig. Das Förderhandeln von Stiftungen sollte sich darauf ausrichten und nicht nur punktuell ansetzen. Stiftungen sollten darum vermehrt langfristig fördern, vor allem aber langfristig planen. Hierzu gehört es auch, Förderungen flexibler zu gestalten und Abweichungen von Projekt- und Finanzplänen großzügiger zu handhaben – kurzum: Förderungen zu „entbürokratisieren“.

Stiftungen konzentrieren sich häufig auf Themen, denen die Bürger allgemein wohlwollend gegenüberstehen. Stiftungen, die nicht auf Spenden angewiesen sind, sollten mutiger sein und auch „unpopuläre“ Themen aufgreifen, weniger beachtete Zielgruppen unterstützen

oder in vernachlässigten Regionen fördern. Viele Stiftungen sind z. B. im Bildungsbereich aktiv. Die überwiegende Mehrheit fördert hier Kinder und Jugendliche. Vor dem Hintergrund der demografischen Veränderungen wäre es aber ebenso sinnvoll, lebenslanges Lernen, Qualifizierung älterer Menschen und Geringqualifizierter oder z. B. Umschulungen für Pflegeberufe zu fördern. Wo gibt es in Ihrer Förderpraxis noch Potenzial für Veränderung?

6

Anlagecheck vornehmen und das Stiftungskapital demografiefest anlegen

Stiftungen können nicht nur durch ihre Förderpraxis, sondern auch durch ihre Vermögensanlage eine gesellschaftliche Wirkung entfalten. Im Rahmen eines Mission Investing können sie z. B. in Geldanlagen investieren, die die negativen Folgen des demografischen Wandels abmildern oder demografischen Entwicklungen Rechnung tragen, etwa in Form von Investitionen in altersgerechte Immobilien, Pflegeimmobilien oder Mehrgenerationen-Wohnprojekte. Auch können Stiftungen durch die Nachfrage nach entsprechenden Investitionsmöglichkeiten darauf hinwirken, dass das Thema bei Vermögensdienstleistern verstärkt in den Blick genommen wird und mehr Angebote geschaffen werden. Nutzen Sie Mission Investing?

7

Personalpolitik demografiefest machen

Stiftungen sind nicht nur im Themenfeld demografischer Wandel engagiert – sie sind auch selbst von demografischen Veränderungen in der Gesellschaft betroffen. Im Hinblick auf die langfristige eigene Handlungsfähigkeit empfiehlt es sich daher, die personellen Ressourcen einem Demografiecheck zu unterziehen. Wie ist der aktuelle Stand der Mitarbeiterprofile, welchen Altersschnitt hat das Stiftungspersonal, wo bestehen Zukunftsbedarfe?

Wer auch zukünftig qualifiziertes Personal für die eigene Stiftung gewinnen will, sollte attraktiv für Mitarbeitende sein. Um vorhandene Mitarbeiterpotenziale zu entwickeln und die Motivation zu stärken, können Stiftungen ihren Mitarbeitenden z. B. regelmäßige Fortbildungen ermöglichen, flexible Arbeitszeitmodelle anbieten, in das Gesundheitsmanagement investieren und altersgemischte Teams zusammenstellen.

Auch sollten sich Stiftungen mit ihrer Personalpolitik öffnen, um neue Potenziale zu heben, etwa indem sie verstärkt ältere Teammitglieder und Mitarbeiter mit Zuwanderungsgeschichte gewinnen. Wie demografiefest ist die Personalpolitik in Ihrer Stiftung?

8

Bürgerschaftliches Engagement nutzen, pflegen und erweitern

Viele Stiftungen arbeiten bereits erfolgreich mit Ehrenamtlichen zusammen. Um die Potenziale bürgerschaftlichen Engagements noch stärker zu erschließen, können Stiftungen an drei Strängen ziehen: Sie können freiwilliges Engagement ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter fördern, bürgerschaftliches Engagement als Themenfeld in die Stiftungsarbeit integrieren – sofern es die Satzung ermöglicht –, und selbst verstärkt Ehrenamtliche in ihre Stiftungsarbeit einbinden. Immer mehr leistungsfähige und aktive Ältere (65+), die über wertvolle Erfahrungen verfügen, möchten sich als ehrenamtliche Profis einbringen. Hier sollten Stiftungen abwägen – eventuell auch gemeinsam –, wie dieses Know-how für Stiftungen genutzt werden kann. Nutzen Sie für Ihre Stiftung bürgerschaftliches Engagement?

9

Potenziale des demografischen Wandels nutzen, um das Stiftungswachstum in Deutschland zu stärken

Eine Chance für das Stiften insgesamt ergibt sich durch vermehrt zu erwartende Erbschaften, denn viele Menschen altern vermögend und ohne Erben. Stiftungen können diese Erbschaftswelle kanalisieren. Einerseits stehen die Chancen für gezieltes Fundraising von Zustiftungen gut. Andererseits bietet die Erbschaftswelle auch eine Chance für das Wachstum des Stiftungssektors insgesamt, wenn es gelingt, die potenziellen Erblasser als Stifterinnen und Stifter zu gewinnen. Um langfristig das Stiftungswachstum in Deutschland auf hohem Niveau zu halten und gleichzeitig auch im Stiftungsbereich mehr gesellschaftliche Diversität abzubilden, sollten Stiftungen und Berater Wege finden, wie sie auch potenzielle Stifterinnen und Stifter mit Zuwanderungsgeschichte motivieren, in Deutschland zu stiften. Gehen Sie auf potentielle Stifterinnen und Zustifter zu?

10

Den demografischen Wandel als Zukunftsthema platzieren

Im Zuge der demografischen Veränderungen wird über verschiedene Themen diskutiert, so z. B. über das Renteneintrittsalter, die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen, die Integration von Zugewanderten und die Finanzierung des Rentensystems. Stiftungen sollten mutiger und streitbarer sein und zu einer faktenbasierten und lösungsorientierten Diskussion beitragen. So können große Stiftungen öffentliche Themen- und Fachdebatten zu wichtigen Zukunftsfragen anstoßen und moderieren, z. B. durch Veranstaltungen, Printprodukte, Medienarbeit und Kampagnen. Aber auch kleinere Stiftungen können sich als Mediatoren oder Stimme in lokale Zukunftsdebatten und Aushandlungsprozesse einbringen. Bieten Sie eine Plattform für Zukunftsfragen?

Ein besonderer Dank geht an Otilie Bälz (Robert Bosch Stiftung), Prof. Dr. Hans Fleisch (Bundesverband Deutscher Stiftungen), Karin Haist (Körper-Stiftung), Prof. Dr. Stefan Hradil (Universität Mainz), Dr. Reiner Klingholz (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung), Dr. Tatiana Matthiesen (ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius), Sabine Süß (Netzwerk Stiftungen und Bildung im Bundesverband Deutscher Stiftungen) und Dr. Jochen Sunken (Körper-Stiftung), die die Empfehlungen im Rahmen eines Expertenworkshops im Dezember 2015 erarbeitet haben.

Anmerkungen und Quellen

- 1 Vgl. Lutz, Wolfgang; KC, Samir: Global Human Capital: Integrating Education and Population. In: *Science*, Vol. 333, Nr. 6042, 2011, 587–592. Lutz, Wolfgang; Butz, William P.; KC, Samir (Hg.): *World Population & Human Capital in the Twenty-First Century*. Oxford University Press, Oxford 2014.
- 2 Vgl. Coulmas, Florian; Conrad, Harald; Schad-Seifert, Annette (Hg.): *The Demographic Challenge. A Handbook about Japan*. Brill, Leiden 2008.
- 3 Vgl. Kreyenfeld, Michaela: Die Geburten- und Familienentwicklung in Deutschland. In: Kaufmann, Franz Xaver; Krämer, Walter (Hg.): *Die demografische Zeitbombe. Fakten und Folgen des Geburtendefizits*. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2015.
- 4 Vgl. Statistisches Bundesamt: Alter der Mutter. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenMutterAlterBundeslaender.html (geprüft am 21.01.2016).
- 5 Vgl. Lutz, Wolfgang; Skirbekk, Vegard; Testa, Maria Rita: The Low Fertility Trap Hypothesis: Forces that May Lead to Further Postponement and Fewer Births in Europe. In: *Vienna Yearbook of Population Research*, 4, 2006, 167–192.
- 6 Vgl. Weeks, John R.: *Population, an Introduction to Concepts and Issues*. 10. Aufl. Wadsworth Publishing, Belmont 2007.
- 7 Vgl. Population Reference Bureau: World Population Data Sheet. 2015. www.prb.org/Publications/Datasheets/2015/2015-world-population-data-sheet.aspx (geprüft am 06.11.2015).
- 8 Vgl. Bloom, David; Canning, David; Sevilla, Jaypee: *The Demographic Dividend: A New Perspective on the Economic Consequences of Population Change*. Population Matters Series. Rand Corporation, Santa Monica, California 2003.
- 9 Vgl. University of California, Berkeley; Max Planck Institute for Demographic Research, Rostock: *Human Mortality Database*. www.mortality.org (geprüft am 04.11.2015).
- 10 Vgl. Statistisches Bundesamt: 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. 2015. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Bevoelkerungsvorausberechnung.html (geprüft am 21.01.2016).
- 11 Vgl. ebd.
- 12 Vgl. Kiziak, Tanja u.a.: Anleitung zum Wenigersein. Vorschlag für eine Demografiestrategie. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Discussion Paper Nr. 12. Berlin 2013.
- 13 Vgl. Sievert, Stephan; Slupina, Manuel; Klingholz, Reiner: Nach Punkten vorn. Was Deutschland von der Zuwanderungs- und Integrationspolitik Kanadas lernen kann. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2012.
- 14 Vgl. Woellert, Franziska; Klingholz, Reiner: *Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland*. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2014.
- 15 Vgl. Seifert, Wolfgang: *Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland nach 1950*. In: Bundeszentrale für politische Bildung: *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*. 2012. www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138012/geschichte-der-zuwanderung-nach-deutschland-nach-1950?p=all (geprüft am 21.01.2016).
- 16 Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: *Weiter hoher Asyl-Zugang im Oktober 2015*. www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2015/20151106-asylgeschaeftsstatistik-oktober.html (geprüft am 21.01.2016).
- 17 Vgl. Ghelli, Fabio; Lindner, Jenny: *Wie qualifiziert sind Flüchtlinge?* Hg. v. Mediendienst Integration. 2015. www.medien dienst-integration.de/artikel/welche-qualifikationen-bringen-asylbewerber-wie-hoch-ihr-bildungsneuvau.html (geprüft am 21.01.2016).
- 18 Vgl. Statistisches Bundesamt: *Zahl der Zuwanderer in Deutschland so hoch wie nie*. 2015. www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/08/PD15_277_122.html (geprüft am 21.01.2016).
- 19 Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: *Natürliche Bevölkerungsbewegung*. 2015. www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/N/natuerliche_bevoelkerungsbewegung.html (geprüft am 21.01.2016).
- 20 Vgl. Damm, Theresa u.a.: *So geht Einheit. Wie weit das geteilte Deutschland zusammengewachsen ist*. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2015.
- 21 Vgl. ebd.
- 22 Vgl. Kröhnert, Steffen; Klingholz, Reiner: *Not am Mann. Von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht?* Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2007.
- 23 Vgl. Sütterlin, Sabine; Hoßmann, Iris; Klingholz, Reiner: *Demenz-Report: Wie sich die Regionen in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf die Alterung der Gesellschaft vorbereiten können*. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2011.
- 24 Vgl. Kiziak, Tanja u.a.: *Stadt für alle Lebensalter. Wo Kommunen im demografischen Wandel stehen und warum sie altersfreundlich werden müssen*. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2014.
- 25 Vgl. Damm u.a. 2015, wie Endnote 20.
- 26 Vgl. Slupina, Manuel; Damm, Theresa; Klingholz, Reiner: *Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern*. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin 2016.
- 27 Vgl. Klingholz, Reiner; Vogt, Gabriele: *Demografisches Neuland. Schneller noch als Deutschland muss Japan Antworten auf eine schrumpfende und alternde Bevölkerung finden*. Hg. v. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Discussion Paper Nr. 11. Berlin 2013.
- 28 Vgl. Kaufmann, Franz Xaver; Krämer, Walter (Hg.): *Die demografische Zeitbombe. Fakten und Folgen des Geburtendefizits*. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2015.

- 29 Vgl. United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division: World Population Prospects: The 2012 Revision. Medium Fertility. http://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/trends/WPP2012_Wallchart.pdf (geprüft am 01.02.2016).
- 30 Vgl. Klingholz, Reiner; Lutz, Wolfgang: Wer überlebt? Bildung entscheidet über die Zukunft der Menschheit. Campus Verlag. Frankfurt am Main/ New York 2016.
- 31 Vgl. Lo, Stephanie; Rogoff, Kenneth: Secular Stagnation, debt overhang and other rationales for sluggish growth, six years on. BIS Working Papers. 2014. www.bis.org/publ/work482.pdf (geprüft am 21.01.2016).
- 32 Vgl. Klingholz, Reiner: Sklaven des Wachstums. Die Geschichte einer Befreiung. Campus Verlag. Frankfurt am Main/ New York 2014.
- 33 Umfrage unter teilnehmenden Stiftungen des StiftungsPanels vom 19. bis 31.01.2016. Von 538 potenziell teilnehmenden Stiftungen haben 239 Stiftungen an der Umfrage teilgenommen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 44,4 Prozent.
- 34 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 239.
- 35 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 239.
- 36 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 239.
- 37 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 239.
- 38 49,8 Prozent der Stiftungen verfolgen soziale Zwecke. Datenbank Deutscher Stiftungen, Januar 2016.
- 39 Vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hg.): Wie Vielfalt zusammenhält – Projekte, Initiativen und Menschen. StiftungsReport 2008/09. Berlin 2008, 62ff. und 82ff.
- 40 www.stiftungen.org > Stiftungswissen > Stiftungen und Flüchtlingshilfe (geprüft am 08.02.2016).
- 41 Vgl. Hradil, Stefan: Bevölkerung – Die Angst vor der demografischen Zukunft. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Berlin 2012. www.bpb.de > Politik > Grundfragen > Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde > Bevölkerung (geprüft am 19.01.2016).
- 42 Bundesministerium des Innern (Hg.): Jedes Alter zählt. Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen. Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung. Berlin 2015: 8.
- 43 Datenbank Deutscher Stiftungen, Januar 2016.
- 44 Datenbank Deutscher Stiftungen, Januar 2016.
- 45 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hg.): Demografiestrategie der Bundesregierung. Berlin 2015: 66.
- 46 Datenbank Deutscher Stiftungen, Januar 2016.
- 47 Vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hg.): Gesundheit fördern. StiftungsReport 2014. Berlin 2014: 106.
- 48 Datenbank Deutscher Stiftungen, Januar 2016.
- 49 Datenbank Deutscher Stiftungen, Januar 2016.
- 50 Vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hg.): Stark im Geben: Stiftungen im Sport. StiftungsReport. Berlin 2015: 52.
- 51 Datenbank Deutscher Stiftungen, Januar 2016.
- 52 Datenbank Deutscher Stiftungen, Januar 2016.
- 53 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 36.
- 54 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Engagementstrategie. Berlin 2016: 15. www.bmfsfj.de/BMFSFJ/freiwilliges-engagement,did=223072.html (geprüft am 08.02.2016).
- 55 Leseberg, Nina; Netkowski, Patrick: Engagementförderung durch Stiftungen. KurzStudie. Hg. v. Bundesverband Deutscher Stiftungen und der Körber-Stiftung. Berlin 2010.
- 56 77 Prozent der Förderstiftungen sind örtlich tätig. Vgl. Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hg.): Zahlen, Daten, Fakten zum Deutschen Stiftungswesen. Berlin 2014: 118.
- 57 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 47.
- 58 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 239.
- 59 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 47.
- 60 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 39.
- 61 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 200.
- 62 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 47.
- 63 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 98.
- 64 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016, n = 94.
- 65 Vgl. Gensicke, Thomas; Geiss, Sabine: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trend-erhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichen Engagement. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2010: 98ff.
- 66 StiftungsPanel, Umfrage vom 19. bis 31.01.2016. Offene Nennungen auf die Frage: „Was sind aus Ihrer Sicht die zentralen Herausforderungen aufgrund des demografischen Wandels?“
- 67 Vgl. Bischoff, Antje; Kowark, Katrin: Nachfolge im Stiftungsvorstand: Neue Zahlen und Fakten. Stiftungsfokus Nr. 6. Berlin 2016: 5.
- 68 Vgl. Leseberg, Nina; Timmer, Karsten: Stifterinnen und Stifter in Deutschland. Engagement – Motive – Ansichten. Hg. v. Bundesverband Deutscher Stiftungen. Berlin 2015: 191.
- 69 Ebd.
- 70 Vgl. ebd.: 25.
- 71 Vgl. Leicht, René; Langhauser, Marc: Ökonomische Bedeutung und Leistungspotenziale von Migrantenunternehmen in Deutschland. WISO Diskurs. Berlin 2014: 22f. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10948.pdf> (geprüft am 08.02.2015).
- 72 Vgl. Statistisches Bundesamt: www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Gesellschaft und Staat > Bevölkerung > Migration, Integration > Migrationshintergrund (geprüft am 15.01.2016).

Bundesverband Deutscher Stiftungen

Als unabhängiger Dachverband vertritt der Bundesverband Deutscher Stiftungen die Interessen der Stiftungen in Deutschland. Der größte Stiftungsverband in Europa hat mehr als 4.000 Mitglieder; über Stiftungsverwaltungen sind ihm mehr als 7.000 Stiftungen mitgliederschaftlich verbunden. Damit repräsentiert der Dachverband rund drei Viertel des deutschen Stiftungsvermögens in Höhe von rund 100 Milliarden Euro.

www.stiftungen.org

Körber-STIFTUNG Forum für Impulse

Gesellschaftliche Entwicklung fordert kritische Reflexion. Die Körber-Stiftung stellt sich mit ihren operativen Projekten, in ihren Netzwerken und mit Kooperationspartnern aktuellen Herausforderungen in den Handlungsfeldern internationale Verständigung, demografischer Wandel und Innovation. Die drei Themen „Russland in Europa“, „Lebensarbeitszeit gestalten“ und „Digitale Mündigkeit“ stehen derzeit im Fokus ihrer Arbeit.

1959 von dem Unternehmer Kurt A. Körber ins Leben gerufen, ist die Stiftung heute mit eigenen Projekten und Veranstaltungen national und international aktiv. Ihrem Heimatsitz Hamburg fühlt sie sich dabei besonders verbunden; außerdem unterhält sie einen Standort in Berlin.

www.koerber-stiftung.de

Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland. Ihr gehören 92 Prozent des Stammkapitals der Robert Bosch GmbH. Sie wurde 1964 gegründet und setzt die gemeinnützigen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861–1942) fort.

Die Stiftung konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die Bereiche Wissenschaft, Gesundheit, Völkerverständigung, Bildung, Gesellschaft und Kultur. Sie betreibt in Stuttgart das Robert-Bosch-Krankenhaus, das Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für klinische Pharmakologie und das Institut für Geschichte der Medizin.

Von 1964 bis 2014 gab die Stiftung 1,3 Milliarden Euro für die Förderung aus. Im Jahr 2014 wurden rund 68 Millionen Euro bewilligt.

Die Stiftung beschäftigt sich seit 2003 mit verschiedenen Facetten des demografischen Wandels.

www.bosch-stiftung.de

ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius unterstützt die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Die unabhängige gemeinnützige Stiftung will Wissen fördern, Kultur bereichern, Kompetenzen stärken, Verständigung ermöglichen und Vernetztes denken.

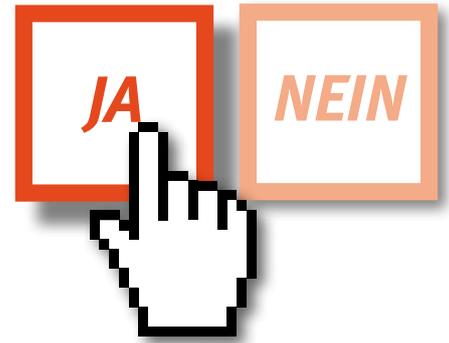
Der liberale Geist Hamburgs und die aufgeschlossene Denkart ihres Stifters Gerd Bucerius prägen die ZEIT-Stiftung. Ihre Förderaktivitäten richten sich auf Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, Bildung und Erziehung, Politik und Gesellschaft sowie das Bucerius Lab.

Sie unterstützt unter anderem junge Wissenschaftler, engagiert sich für den Kulturerhalt, fördert den Austausch unter Nachwuchsführungskräften weltweit und stellt die Weichen für erfolgreiche Bildungswege und für lebenslanges Lernen.

Flaggschiffe ihres Engagements sind die im Jahr 2000 gegründete Bucerius Law School in Hamburg sowie das 2002 etablierte Bucerius Kunst Forum.

www.zeit-stiftung.de

Stiftungs Panel



**Machen Sie mit beim StiftungsPanel –
und tragen Sie zur langfristigen
Erforschung des Stiftungswesens bei!**

- für alle Stiftungen
- bis zu 4 Befragungen im Jahr
- 10 bis 15 Fragen
- die Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben
- vorab Befragungsergebnisse für registrierte Teilnehmer

Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats – Prof. Dr. Sebastian Braun,
Prof. Dr. Marc Eulerich, Prof. Dr. Rainer Hüttemann, Prof. Dr. Berit Sandberg,
Prof. Dr. Annette Zimmer – bringen ihre Expertise bei der Erarbeitung der Studien ein.

Registrieren Sie sich unter

www.stiftungen.org/stiftungspanel

Kontakt: Kompetenzzentrum Stiftungsforschung
Im Bundesverband Deutscher Stiftungen
Telefon (030) 89 79 47-12
panel@stiftungen.org
www.stiftungen.org/stiftungspanel

Unser Dank gilt:

Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.
Mauerstraße 93 | 10117 Berlin
Telefon (030) 89 79 47-0 | Fax -81
post@stiftungen.org | www.stiftungen.org

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen dankt den Partnern dieser Publikation:



Robert Bosch **Stiftung**



Vor welchen demografischen Herausforderungen steht unsere Gesellschaft? Wie reagieren Stiftungen darauf und welche Auswirkungen haben die Veränderungen auf Stiftungen selbst und für das Stiftungswesen im Allgemeinen?

Stiftungen sind als Akteure der Zivilgesellschaft gefragt, zur Gestaltung des demografischen Wandels beizutragen. Das Diskussionspapier gibt einen Überblick darüber, was Stiftungen bereits tun und wo Potenziale für zukünftiges Stiftungshandeln liegen – gerade auch für Stiftungen, die sich bisher weniger mit dem Thema befassen. Anregungen bieten die zehn Handlungsempfehlungen, die sich an alle Stiftungen richten.